

„Ein freies Volk
soll wiedererstehen ...”

Dokumente zur Gründung der CDU

„Ein freies Volk soll wiedererstehen ...“
Dokumente zur Gründung der CDU

„Ein freies Volk soll wiedererstehen ...“

Dokumente zur Gründung der CDU

Zusammengestellt von
Andreas Grau und Hanns Jürgen Küsters

Aus dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik
der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln
Herstellung: Druckerei Franz Paffenholz, Bornheim

ISBN 978-3-95721-085-2

Inhalt

Vorwort.....	9
Deutsches Volk! Aufruf zur Gründung der Christlich- Demokratischen Union Deutschlands, Berlin, 26. Juni 1945.....	12
Kölner Leitsätze, Vorläufiger Entwurf zu einem Programm, vorgelegt von den Christlichen Demokraten Kölns, Juni 1945.....	19
Antrag auf Zulassung einer politischen Partei an die Militärregierung im Gebiet Mecklenburg, 7. Juli 1945.....	25
Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Thüringen, Weimar, 16. Juli 1945.....	27
Verhandlungs-Niederschrift über die Gründung des Landesverbands Thüringen, Weimar, 20. Juli 1945.....	31
Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Halle/Saale, 25. Juli 1945.....	33
Aufruf an das Volk der Christlichen Volkspartei Kreis Chemnitz, Juli 1945.....	38
Aufruf der Christlichen-Demokratischen Union Deutschlands, Ortsunion Neubrandenburg, 7. August 1945.....	42
Vollmacht des Vorstands der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Berlin, 17. August 1945.....	45
Bericht über die Gründungsversammlung der Christlich Demokratischen Partei des Rheinlandes, Köln, 2. September 1945.....	47

Niederschrift der Gründungsversammlung in Bonn, 21. September 1945	50
Protokoll über die Gründung der christlich-demokratischen Partei des Kreises Vechta, 22. September 1945	52
Aufruf zur Bildung einer christlichen Volksvereinigung des Rheingaues, September 1945	59
Niederschrift der Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Partei zu Hamburg, 1. Oktober 1945	62
Antrag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Landesverband Brandenburg, an die Kommandantur in der Provinz Brandenburg, 16. Oktober 1945	65
Rundschreiben des vorläufigen Vorstands der Christlich- demokratischen Partei Westfalens, Brakel, Oktober 1945	67
Bericht über die erste Versammlung der Ortsgruppe der Christlich Demokratischen Union, Lübben, 7. November 1945	69
Aufruf an die christlich denkende Bevölkerung des Kreises Tecklenburg, Ibbenbüren, 10. November 1945	73
Aufruf des christlich-demokratischen Ausschusses an die Bevölkerung Elmshorns, Elmshorn, November 1945	75

Offener Brief der Christlich Demokratischen Partei des Rheinlandes an alle katholischen Männer und Frauen des Rheinlandes, Köln, November 1945	79
Die Christlich-Demokratische Partei ruft das werktätige Volk!, Frankfurt am Main, November 1945	84
Was will die christlich-soziale Volkspartei? Leitsätze der Kreisgruppe Backnang, 3. Januar 1946	86
Antrag zur Anmeldung einer Partei an die Französische Militär-Regierung, Mainz, 9. Januar 1946	91
Aufruf des Aktionsausschusses der christlich-demokratischen Union Württemberg–Hohenzollern, Januar 1946	93
Aufruf und Programm des Zonenausschusses der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone, Neheim-Hüsten, 1. März 1946	96
Genehmigung der Britischen Militärregierung zur Gründung der CDU in Goslar, 11. April 1946	101
Programm der Christlich-Demokratischen Union Bremen, September 1946	103
Aufruf der CDU Saar, Saarbrücken, 26. Juli 1955	106
Quellennachweis	109

Vorwort

Wenn wir uns an das Jahr 1945 erinnern, gedenken wir nicht nur des Endes des Zweiten Weltkriegs und der mörderischen NS-Diktatur. Wir denken auch zurück an die Gründung der Christlich-Demokratischen Union. Beide Ereignisse – Kriegsende und Parteigründung – sind untrennbar miteinander verbunden: Der Aufbau der CDU war eine direkte Reaktion auf die Barbarei der Nationalsozialisten. Deutschland musste wiederaufgebaut und die Feindschaft mit den europäischen Nachbarn überwunden werden. Rechtsstaat und Demokratie galt es wieder zu errichten und zu stärken. Nie wieder sollte auf deutschem Boden eine Diktatur entstehen, nie mehr sollte Deutschland andere Länder bedrohen. Eine überkonfessionelle Volkspartei auf Grundlage des christlichen Menschenbildes sollte die demokratische Regierungsform fest verankern. Deshalb durfte die Union weder eine Partei bestimmter sozialer Schichten noch einer bestimmten Konfession sein. Arbeiter wie Unternehmer, Katholiken wie Protestanten sollten sich unter dem Dach der Christlichen Demokratie zusammenschließen.

Die Idee einer solchen Partei lag in der Luft. Überall in Deutschland riefen engagierte Demokraten der ersten Stunde – viele von ihnen waren selbst Opfer der Nationalsozialisten geworden – zur Gründung einer christlich-demokratischen Partei auf. Die CDU wurde nicht an einem Ort gegründet, sondern entstand in den ersten Monaten nach Kriegsende in allen Teilen Deutschlands als lokale Initiative. Rückblickend ist es faszinierend, wie groß die inhaltliche Übereinstimmung dieser Initiativen war. Der Geist des „Nie wieder“ durchwehte alle Gründungsaufrufe. Und trotz ihrer regionalen Wurzeln verstand sich die CDU von Anfang an als gesamtdeutsche Partei.

Mit dem vorliegenden Band veröffentlicht die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Auswahl von Dokumenten aus der Gründungszeit der Partei. Es handelt sich dabei um keine wissenschaftliche Edition, und wir erheben auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Unser Ziel ist vielmehr, einen Eindruck von der damaligen Aufbruchstimmung und der Motivation der Akteure zu vermitteln. Auch die Vielschichtigkeit der Gründung soll zum Ausdruck kommen. So sind neben den zentralen Gründungsaufforderungen aus Köln und Berlin auch einige Aufrufe zur Gründung von Landes- und Ortsverbänden berücksichtigt. Zudem wollten wir auch dem Ringen der jungen Partei um eine angemessene Wirtschaftsordnung Platz geben.

Die Dokumente zeigen deutlich, dass das Wertefundament der CDU, auf dem die Partei heute noch steht, bereits in den Anfangstagen gelegt wurde. Dieses Fundament bildete die Voraussetzung für alle wegweisenden Entscheidungen, die folgten: Gründung der Bundesrepublik Deutschland, Soziale Marktwirtschaft, Westbindung, Wiedervereinigung, enge Partnerschaft mit Israel und Europäische Einigung.

Dr. Hans-Gert Pöttering
Präsident des Europäischen Parlaments a. D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Aufruf zur Gründung
Berlin, 26. Juni 1945

Deutsches Volk!

In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei

"Christlich-Demokratische Union Deutschlands" aus heisser Liebe zum deutschen Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat. Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur entstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschliessen.

Unsaybar schwer ist unsere Aufgabe. Nach 1918 rettete die politische Führung Organe des staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens aus dem militärischen Zusammenbruch. Unzerstörte Städte und Dörfer, Fabriken, Werkstätten, Felder und Wälder blieben als Grundlage für einen allmählichen Aufstieg des Volkes erhalten.

Heute aber stehen wir vor einer furchtbaren Erbschaft, vor einem Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte. Dieses Mal trieb ein gewissenloser Diktator mit seinem Anhang einen frivol entfesselten Krieg bis zu letztem Ausbluten unseres Volkes. Hitler liess das Land in Schutt und Verödung zurück. Mit verlogenen nationalen Phrasen und hohlen Friedensbeteuerungen hat er das eigene Volk und andere Völker getauscht und den Idealismus unserer Jugend schandlich missbraucht. So musste diese Jugend, die im guten Glauben für ihr Vaterland kämpfte,

das Opfer einer wahrwitzigen Führung werden.

Gross ist die Schuld weiter Kreise unseres Volkes, die sich nur allzu bereitwillig zu Handlangern und Steigbügelhaltern für Hitler erniedrigten. Jede Schuld verlangt Sühne. Mit den Schuldbeladenen leidet auch die grosse Zahl der Deutschen, die ihren Schild rein hielten. Sie vermochten sich gegen Gewalt und Terror nicht durchzusetzen. Kämpfer echter demokratischer Gesinnung, evangelische und katholische Christen, zahllose jüdische Mitbürger, Männer und Frauen aus allen Schichten des Volkes litten und starben unter diesem Terror. Im Geiste ihres Vermächtnisses, geeint durch die gleiche Liebe zu unserem Volk erkennen wir unsere Pflicht, mit diesem Volke den Weg der Sühne und Wiedergeburt zu gehen.

Das furchtbare Ausmass von Unrecht, das die Hitlerzeit gebracht hat, verpflichtet, die Schuldigen und ihre Helfershelfer unnachsichtig, in strenger Gerechtigkeit jedoch ohne Rachsucht zur Rechenschaft zu ziehen.

An die Stelle des Zerrbildes einer staatlichen Gemeinschaft in der Hitlerzeit soll jetzt der wahrhaft demokratische Staat treten, der auf der Pflicht des Volkes zu Treue, Opfer und Dienst am Gemeinwohl ebenso ruht wie auf der Achtung vor dem Recht der Persönlichkeit, ihrer Ehre, Freiheit und Menschenwürde.

Das Recht muss wieder die Grundlage des ganzen öffentlichen Lebens werden. Anstelle der Lüge: "Recht ist, was dem Volke nutzt", muss die ewige Wahrheit treten: "Dem Volk nutzt nur, was Recht ist". Die Unabhängigkeit und der geordnete Gang der Rechtspflege sind wieder herzustellen. Der Ruf nach gerechten Richtern geht wie ein einziger Schrei durch das ganze deutsche Volk. Jede Willkür ist auszuschliessen. Eine Gestapo mit ihrem Terror darf es nie wieder geben.

Das öffentliche Leben muss in strenger Sparsamkeit weitgehend auf Selbstverwaltung, freiwilliger und ehrenamtlicher Mitarbeit aufgebaut werden.

Die Volksvertretung soll die brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte verwirklichen.

Wir fordern ein öffentliches Leben, das sich frei hält von Lüge, Massenwahn und Massenverhetzung und eine verantwortungsbewusste Presse mit dem Willen zur Wahrheit als oberstes Gesetz.

Wir verlangen geistige und religiöse Gewissensfreiheit, Unabhängigkeit aller kirchlichen Gemeinschaften und eine klare Scheidung der kirchlichen und staatlichen Aufgaben.

Das Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder muss gewahrt, die Jugend in Ehrfurcht vor Gott, vor Alter und Erfahrung erzogen werden. Der von der Kirche geleitete Religionsunterricht ist Bestandteil der Erziehung. Durch die verderblichen Lehren des Rassenhasses und der Völkerverhetzung hat Hitler weite Teile der Jugend vergiftet. Sie muss wieder zur Erkenntnis wahrer sittlicher Werte geführt werden.

Wissenschaft und Kunst sollen sich frei entfalten und die Lehren echter Humanität, deren deutsche Kinder der ganzen Menschheit angehören, sollen den sittlichen Wiederaufbau unseres Volkes tragen helfen.

Das unermessliche Elend in unserem Volke zwingt uns, den Aufbau unseres Wirtschaftslebens, die Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien in straffer Planung durchzuführen. Das Notprogramm um Brot, Obdach und Arbeit geht allem voran. Dabei ist es unerlässlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, dass die Bodenschätze in

Staatsbesitz übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden.

Wir bejahen das Privateigentum, das die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt.

Industrie, Handel und Gewerbe sind zu entscheidender Mitarbeit am Wiederaufbau berufen und deshalb planmäßig zu fördern. Wir fordern vollen Schutz und Ausbaumöglichkeiten für das selbständige Handwerk, das nach Zerstörungen vieler industrieller Unternehmungen vor einer neuen, großen Aufgabe steht.

Eine umfassende ländliche und gärtnerische Siedlung muß unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes einer möglichst großen Zahl von Deutschen den Zugang zu eigener Scholle und zu selbständiger Arbeit eröffnen. Die wirtschaftliche Sicherung eines freischaffenden Bauerntums und die Ansiedlung der Landsarbeiter sind ein unerläßlicher Bestandteil jeder dauerhaften Aufbaupolitik und verlangen den stärksten Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens.

Den christlichen und demokratischen Lebensgesetzen in Staat und Gesellschaft entspricht der freie Zusammenschluß aller Schaffenden. Wir begrüßen daher die einheitliche Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten zur Wehrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt.

Wir sind uns der Verantwortung für die Notleidenden und Schwachen, für die Kriegsoffer, die Opfer des Hitlerterrors und für die Versorgungsberechtigten bewußt.

Die freie caritative Arbeit muss sich ungehindert entfalten können.

Wir segnen den Müttern und berufstätigen Frauen, daß alles geschehen muß, um das stille Heldentum ihres immer schwerer gewordenen Alltagsdienstes zu erleichtern.

Für die Beziehungen zu anderen Völkern wünschen wir die Geltung der gleichen Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit wie für unser persönliches und innerstaatliches Leben. Loyale Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem verlorenen Krieg und die äußerste Anspannung zur inneren Wiedergesundung sollen die Grundlagen für die Anbahnung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den anderen Völkern geben. Wir hoffen dabei auf das Verständnis der Besatzungsmächte für die grenzenlose Notlage des deutschen Volkes und auf ihre sachliche Hilfe, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Erschüttert stehen wir an den noch frischen Gravern unserer Toten. Wir vergessen unsere Kriegsgefangenen nicht. Auf den Trümmern unserer Häuser, unserer Dörfer und Städte gedenken wir in menschlicher und christlicher Verbundenheit der gleichen Opfer der Völker um uns. Und wir geloben, alles bis zum letzten auszutilgen, was diese ungeheuren Elutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt.

Deutsche Männer und Frauen, wir rufen euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen. Folgt unserem Rufe zu einer großen Partei, die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will. Wir rufen die Jugend, die durch Krieg und Zusammenbruch schwer getroffen, vor allem zur Gestaltung der Zukunft mitverpflichtet ist. Wir rufen die Frauen und Mütter, deren leidgeprüfte Kraft für die Rettung unseres Volkes nicht entbehrt werden kann.

Wir rufen alle, die sich zu uns und unserem Aufbau-
willen bekennen. Voll Gottvertrauen wollen wir unseren
Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen.

Berlin, den 16. Juni 1945

Andreas Kermer	Anton Kaiser
Kaufmann Moeller	Heid. Lauenbrück
Günning Vockel	Ernst Semmer
Hildegard Strahle	Gust. Linauer
Theodor Hülter	Ferdinand Friedensbrunn
Joseph Erding	Karlhe. Schreiber
Emil Dorifat	Otto Günning
Otto Wolff	Alfred Hegele
Günning Krone	Wolfgang
Margarete Ehlers	Anton Bernoth
Artur Herzog	Rudolf Pögel
Martin Schwab	Wolfgang Hays
Karl van Krum	Karl Graf Gorchow
Peter Hensen	Johann Gieseler
For Theodor Bohner	Ernst Damm
Theodor Bohner	Ernst Hülse
Theodor Heine	Willy Kuche
Heinrich F. Albert	Gust. v. Armin

Kölner Leitsätze
Köln, Juni 1945

K Ö L N E R L E I T S Ä T Z E

=====

Vorläufiger Entwurf
zu einem Programm

der

C H R I S T L I C H D E M O K R A T I S C H E N U N I O N
D E U T S C H L A N D S

vorgelegt von den
Christlichen Demokraten Kölns im Juni 1945

E I N R U F Z U R S A M M L U N G D E S D E U T S C H E N V O L K E S

EIN RUF ZUR SAMMLUNG DES DEUTSCHEN VOLKES

Der Nationalsozialismus hat Deutschland in ein Unglück gestürzt, das in seiner langen Geschichte ohne Beispiel ist.

Er bedeckte die deutschen Namen vor aller Welt mit Schmach und Schande.

Nie wäre dies alles über uns gekommen, wenn nicht weite Kreise unseres Volkes von einem habgierigen Materialismus sich hätten leiten lassen.

So erlagen allzuviele der nationalsozialistischen Demagogie, die jedem Deutschen ein Paradies auf Erden versprach.

Ohne eigenen sittlichen Halt verfielen sie dem Rassenhochmut und einem nationalistischen Machtrausch.

Mit dem Größenwahnsinn des Nationalsozialismus verband sich die ehrgeizige Herrschsucht des Militarismus und der großkapitalistischen Rüstungsmagnaten.

Am Ende stand der Krieg, der uns alle ins Verderben stürzte.

Was uns in dieser Stunde der Not allein noch retten kann, ist eine ehrliche Besinnung auf die christlichen und abendländischen Lebenswerte, die einst das deutsche Volk beherrschten und es groß und angesehen machten unter den Völkern Europas.

Darum fort mit Diktatur und Tyrannei, Herrenmenschentum und Militarismus!

Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung menschlicher Würde ist.

Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist.

Unsere Jugend soll wieder lernen, daß nicht Macht, sondern Geist die Ehre Deutschlands vor der Welt ausmacht.

Wahrheit, Ehrlichkeit und Treue zum gegebenen Wort soll unser öffentliches Leben leiten.

Lüge, Verstellung und Heuchelei, diese Pest des Hitlerismus sollen niemals wiederkehren.

Soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe sollen eine neue Volksgemeinschaft beschirmen, die die gottgegebene Freiheit des Einzelnen und die Ansprüche der Gemeinschaft mit den Forderungen des

Gemeinwohls zu verbinden weiß.

So vertreten wir einen wahren christlichen Sozialismus, der nichts gemein hat mit falschen kollektivistischen Zielsetzungen, die dem Wesen des Menschen von Grund aus widersprechen.

Unser fester Wille aber ist es, eine soziale Ordnung aufzurichten, die der demokratischen Überlieferung der deutschen Vergangenheit ebenso entspricht wie der Weite und dem Geiste des christlichen Naturrechts.

Im Glauben an den lebendigen Gott beugen wir uns vor seinen Geboten, den wahren und einzigen Stützen sozialer Ordnung und Gemeinschaft.

Zu Beginn des schweren Werkes gedenken wir der Toten auf den Schlachtfeldern des Krieges und unter den Ruinen unserer Städte und Dörfer.

In Ehrfurcht neigen wir uns vor den Blutzugegen des christlichen Glaubens und der bürgerlichen Freiheit, die dem Nationalsozialismus zum Opfer fielen.

Im Geiste dieser Toten sind wir fest entschlossen, dem deutschen Volke im Rahmen des Reiches mit all unseren Kräften zu dienen.

Darum haben wir christliche Demokraten Deutschlands uns zusammengefunden und folgende Leitsätze für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes beschlossen.

1. Die geistige Würde des Menschen wird anerkannt. Der Mensch wird gewertet als selbstverantwortliche Person, nicht als bloßer Teil der Gemeinschaft.
2. Die Familie ist die Grundlage der sozialen Lebensordnung. Ihr Lebensraum ist heilig. Von Natur aus hat sie ihre eigenen Rechte, die unter dem besonderen Schutz des Staates stehen.
3. Die Gerechtigkeit ist das Fundament des Staates. Der Rechtsstaat wird wieder hergestellt. Die Gerichtsbarkeit ist unabhängig und frei. Ihr einziger Leitstern ist das Gesetz, vor dem alle gleich sind.
4. Jeder Deutsche hat das Recht, seine Meinung in Wort und Schrift im Rahmen der bestehenden Gesetze frei zu äußern. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit wird gewährleistet.
5. Alle religiösen Bekenntnisse sind frei in ihrer öffentlichen Betätigung.

6. Das natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder ist die Grundlage der Schule. Diese gewährleistet die Bekenntnisschule für alle vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaften wie auch die christliche Gemeinschaftsschule mit konfessionellem Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach.
7. Das kulturelle Schaffen muß frei vom staatlichen Zwang sein. Seine Grundlage ist die deutsche christliche und abendländische Überlieferung. Jede Art von Rassenkult wird ausgeschaltet. Die geistig Schaffenden sollen wieder die Achtung genießen, die ihrem schöpferischen Können gebührt.
8. Der Zentralismus wird als undeutsch abgelehnt. Deutschland gliedert sich in selbständige freie Länder. Ihr Zusammenschluß erfolgt in der Form des freien republikanischen Bundes.
9. Die überlieferte deutsche Selbstverwaltung der Gemeinden und provinziellen Verbände wird wieder hergestellt. Die Staatsverwaltung ist zu vereinfachen.
10. Das Recht auf Eigentum wird gewährleistet. Die Eigentumsverhältnisse werden nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und den Erfordernissen des Gemeinwohls geordnet. Durch gerechten Güterausgleich und soziale Lohngestaltung soll es dem Nichtbesitzenden ermöglicht werden, zu Eigentum zu kommen. Das Gemeineigentum darf soweit erweitert werden, wie das Allgemeinwohl es erfordert. Post und Eisenbahn, Kohlenbergbau und Energieerzeugung sind grundsätzlich Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes. Das Bank- und Versicherungswesen unterliegt der staatlichen Kontrolle.
11. Das Ziel der Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes auf der Grundlage einer freien körperlichen Selbstverwaltung. Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen. Privatinitiative und Eigenverantwortlichkeit werden erhalten. Mittel- und Kleinbetriebe werden gefördert und vermehrt.
12. Die menschliche Arbeit wird gewertet als sittliche Leistung, nicht aber als bloße Ware. Im Zuge einer großangelegten Arbeitsbeschaffung ist die Beteiligung aller Arbeitswilligen am Aufbau des deutschen Lebensraumes zu ermöglichen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden tariflich geregelt. Der erwachsene, arbeitende Mensch hat Anspruch auf einen Lohn, der ihm die Gründung und Erhaltung einer Familie ermöglicht. Die Leistungen der Sozialversicherung bleiben erhalten. Der Aufbau der Gewerkschaften und der sonstigen Berufsvertretungen ist zu sichern.
13. Ein kräftiger Bauernstand ist das Fundament eines gesunden Volkslebens. Durch planmäßige Pflege aller Zweige der Landwirtschaft ist die Erzeugung zu heben und die Ernährung unseres Volkes zu sichern. Durch eine großzügige Innensiedlung ist die Zahl der selbständigen Bauernhöfe und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe zu vermehren.

14. Das Handwerk ist ein selbständiger und gleichberechtigter Berufsstand neben Industrie, Landwirtschaft und Handel. Das handwerkliche Genossenschaftswesen wird gefördert. Die handwerkliche Selbstverwaltung bleibt erhalten.
15. Die nach der Katastrophe des Hitlerregimes in besonderem Ausmaß wachsenden Lasten sind nach sozialen Gesichtspunkten gerecht zu verteilen. Die Kriegsschäden sind als gemeinsame Last auf das ganze Volk umzulegen. Ihre Regulierung darf nur nach Maßgabe des Vermögens und des Einkommens des einzelnen erfolgen. Die für den Krieg und seine Verlängerung Verantwortlichen sind von der Entschädigung auszuschließen. Die Gewinne der nationalsozialistischen Konjunkturzeit und die Kriegsgewinne sind durch besondere Steuer zu erfassen.
16. Die zerstörten Städte und Dörfer werden wieder aufgebaut. Der vorhandene Wohnraum wird bewirtschaftet. Durch ein großzügiges Bauprogramm wird neuer Wohnraum geschaffen. Die Großstädte werden durch Anlage gesunder Außensiedlungen aufgelockert. Das Eigenheim wird gefördert. Unzulängliche Behelfsheime sind zu vermeiden.
17. Alle Formen des öffentlichen Gemeinschaftslebens kommen aus der Demokratie. Ein Mißbrauch der Demokratie, vor allem zu nichtdemokratischen Zwecken, wird nicht geduldet. Der Staat stützt sich und seine Einrichtungen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln.
18. Das Parlament ist aufgrund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu wählen.
19. Das öffentliche Leben und die gesamte Wirtschaft sind von unzuverlässigen Elementen zu säubern. Ein zuverlässiges und staatstreues Berufsbeamtentum wird wieder hergestellt.
20. Die Grundlage der deutschen Außenpolitik ist die Achtung fremden Volkstums und die treue Innehaltung der Verträge. Es muß Gemeingut des ganzen Volkes werden, daß die Politik der Gewalt und des Krieges nicht nur eine Versündigung am eigenen Vaterland, sondern auch ein Verbrechen an der Menschheit ist. Deutschland muß führend sein in der Verwirklichung der Sehnsucht der Völker nach einem ewigen Frieden.

Deutsche Männer und Frauen!
Das sind die Leitsätze der

Christlichen Demokraten Deutschlands!

Sammelt euch um sie! Helft mit, ein neues und schöneres Deutschland aufzubauen auf dem unerschütterlichen Fundament des Christentums und der abendländischen Kultur.

Köln, im Juni 1945

Antrag der Christlich-Demokratischen Union
Mecklenburg, 7. Juli 1945

An

die Militärregierung

10

hier selbst:

Betr. Antrag auf ~~Zulassung~~ Genehmigung einer politischen Partei.

Wir bitten um die Genehmigung, im Gebiet M e c k l e n b u r g die bereits in Berlin zugelassene

Christlich = demokratische U n i o n auf gleicher antifaschistischer Grundlage und mit gleichem politischem Ziel errichten zu dürfen. 7.7.45

[Handwritten signatures and names:]
 [Signature] [Signature] [Signature]
 [Signature] [Signature] [Signature]
 [Signature] [Signature] [Signature]
 [Signature] [Signature] [Signature]

Der vorstehende Zulassungsantrag bei der Militärregierung ist nicht abgegeben worden. Auf Grund eines mündlichen Vortrages wurde die Registrierung vorgenommen. Programm wurde eingereicht. Aufruf ist vorgelegt worden. Druckgenehmigung ist noch nicht erteilt. steht aber in Kürze zu erwarten.

[Large handwritten signature]

Aufruf der Christlich-Demokratischen Union
Thüringen, 16. Juli 1945

*im 1940 Hk.
unvollständig*

Aufruf

der

Christlich-Demokratischen Union Thüringen

Männer und Frauen aller Stände! Deutsche Jugend!

Das Deutsche Reich ist in einer in der Geschichte noch nie dagewesenen Niedertage besiegt und zerschmettert worden.

Eine verantwortungslose, verbrecherische Partei und eine Militärelite, die Anhänger der Regierung des sogenannten Dritten Reiches haben namenloses Elend über das deutsche Volk und alle deutschen Lande gebracht.

Viele deutsche Städte sind in Trümmer gelegt worden, Industrien und Werke liegen in Schutt und Asche, die Transportwege sind zerstört, das Land ist verwüstet, große Teile sind unbebaut geblieben.

Der deutsche Handwerker- und Kaufmannsstand ist desorganisiert und seiner Initiative beraubt.

Der deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte wurde durch Zwang und eine verbrecherische Propaganda in Ideen gepreßt, die nichts mehr mit der Würde freien Menschen-geistes zu tun hatten.

Das geistige Leben Deutschlands wurde gelähmt und einseitig in die Zwecke einer satanischen Doktrin gelenkt.

Die religiöse Erziehung der Jugend wurde mit sadistischer Konsequenz verhindert.

Das deutsche Volk, jeder Einzelne steht der Welt gegenüber diskriminiert und gezeichnet da.

Die Schuldigen für diesen unermeßlichen Zusammenbruch kennen wir.

Aber die Folgen trägt das ganze deutsche Volk, mit dessen Namen ein Hitler und seine Helfer so ungeheuren Mißbrauch getrieben haben, denn:

Im Namen des Volkes wurden die Kriege erklärt,

Im Namen des Volkes die Nachbarländer vergewaltigt,

Im Namen des Volkes der Krieg totalisiert und verlängert,

Im Namen des Volkes das Recht in Unrecht gebeugt,

Im Namen des Volkes die Konzentrationslager und Gefängnisse gefüllt,

Im Namen des Volkes die unmenschlichsten Greuel begangen.

[Handwritten signature]

Aus dem Gefühl der Verantwortung gegenüber dem Wohle des Volksganzen wenden wir uns mit diesem Aufruf an alle im Lande Thüringen, um die Rehabilitation Deutschlands in der Welt und seinen Wiederaufbau vorzubereiten und durchzuführen.

Wir wollen keinen Parteihader, der vollkommen fehl am Platze ist, und der niemals Deutschland zu neuem Leben führen und darin erhalten kann.

Wir stellen uns mit den anderen Parteien auf der Basis der Gleichberechtigung in die breite Front der antifaschistisch-demokratischen Parteien; denn nur die Einheit in der politischen Zielsetzung gewährleistet den Wiederaufstieg Deutschlands.

Wir wollen mit diesem Aufruf alle wachrufen, die sich nicht aktiv an der Errichtung und Stützung des Nazisystems beteiligt haben; auch diejenigen, die noch abwartend beiseite stehen oder durch die vergangene Zeit stumpf geworden sind: Alle Stände und Berufe, die Arbeiter und Fabrikanten, die Bauern, Handwerker und Kaufleute, die Erzieher, Künstler und Wissenschaftler, die Angestellten und Beamten. Alle sollen sich eingliedern in die

Christlich-Demokratische Union Thüringen

Unser Kampf gilt der Vernichtung des faschistischen Regimes und seiner Führer.

Unsere Arbeit der Wiedergutmachung des entstandenen Schadens und dem Neuaufbau unseres Vaterlandes

Unsere Sorge dem Wohlergehen aller Deutschen

In dieser Zielsetzung haben wir folgendes Programm aufgestellt:

1. Bekämpfung des Nationalsozialismus, Faschismus und Militarismus.
Bestrafung der für den Krieg und das Hitlersche Terrorregime Verantwortlichen und Einziehung ihrer Vermögen.
2. Beseitigung der nazistischen Irrlehren und ihrer verantwortlichen Träger aus Rechtswesen, Verwaltung, Schule und Wirtschaft.
3. Antifaschistisches Erziehungswesen unter Beteiligung von Kirche und Elternhaus.
4. Neuaufbau eines Rechtsstaates auf demokratischer und sozialer Grundlage.
Ablehnung jeder Diktatur.
Unabhängigkeit der Richter.
Selbstverwaltung der Gemeinden, Kreise und Provinzen (Länder).
Berücksichtigung der berufsständischen Gliederung.
5. Wahrung und Anerkennung der Grundrechte, der persönlichen Freiheit und des Privateigentums unter Wahrung der allgemeinen Interessen.
Freiheit der religiösen Überzeugung aller Konfessionen und Rassen.
Verhinderung von Willkür.

6. Gerechte Entlohnung.
Staatlicher Arbeiterschutz.
Ausbau von sozialen Fürsorgeeinrichtungen für alle Schichten der Bevölkerung.
Förderung eines großzügigen Wohnungs- und Siedlungsprogrammes.
7. Wiedergutmachung der Kriegsschäden.
Gerechte Verteilung aller Lasten.
8. Wiederaufbau des Wirtschaftslebens auf der Grundlage freier Initiative.
Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen.
Sozialisierung von besonders wichtigen Betrieben (Kohle und Ström).
9. Vereinfachung des Verwaltungsapparates.
Besetzung der öffentlichen Stellen nach fachlicher Leistung und charakterlicher Eignung.
10. Sicherung der Volksernährung durch Erhaltung und Förderung einer lebens- und leistungsfähigen Landwirtschaft.
Weiterentwicklung der Bodenreform.
11. Pflege deutscher Kultur.
Begabtenförderung.
Lebendiger geistiger Austausch mit anderen Völkern.
12. Zusammenarbeit mit allen Völkern auf der Basis der Gleichberechtigung gesunder internationaler Güteraustausch.

Männer und Frauen in Stadt und Land!

Deutsche Jugend!

Laßt uns ans Werk gehen im Vertrauen auf Gott und mit dem ehrlichen und anständigen Willen, dem deutschen Volke die Lebensmöglichkeiten wieder zu schaffen, die es nach so vielen Jahren härtester Prüfung braucht, um der Welt zu beweisen, daß es seinen Platz in der Völkergemeinschaft verdient.

Helft Deutschland wieder erstanden lassen als freies Land unter freien Völkern in harter aber friedfertiger Arbeit auf der Grundlage freier demokratischer Entfaltung.

Weimar, den 16. Juli 1945.

Der Vorstand der Christlich-Demokratischen Union Thüringen

Reg.-Vizepräsident Dr. Kolter, Weimar
Großhandelskaufmann Grosse, Altenburg
Landwirt Gaudschau, Gutmannshausen
Bauer Pudenz, Heiligenstadt-Ershausen
Reichsbahninspektor Beerhalter, Weimar
Rechtsanwalt Dr. Büllsbach, Erfurt

Gründungsprotokoll
der Christlich-Demokratischen Union
Thüringen, 20. Juli 1945

Verhandlungs-Niederschrift

Über die Gründung der Christlich-Demokratischen Union
Deutschlands, Landesverband Thüringen am 20.7.1945
in der "Armbrust" zu Weimar.

Einberufen war die Sitzung von Herrn Dr. Max K o l t e r., Vizepräsident des Landes Thüringen. Anwesend waren bei der Eröffnung 25 Personen.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß in Berlin eine neue Partei, die " Christlich-Demokratische Union Deutschlands " gegründet worden sei, die auf interkonfessioneller Grundlage allen deutschen Männern und Frauen, die auf dem ethisch sittlichen Fundament der christlich-germanischen Kultur stehen, eine politische Vertretung sein will. Er schlug vor, einen Landesverband Thüringen im Rahmen dieser Partei zu gründen.

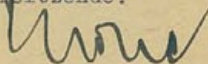
Die Versammlung nahm den Vorschlag beifällig auf und beschloss die Annahme des gemachten Vorschlages. Darauf wurde zu den Wahlen geschritten und Herr Vizepräsident Dr. Max K o l t e r zum ersten Vorsitzenden, Herr Kaufmann Georg G r o s s e, Altenburg zu seinem Stellvertreter und Herr Regierungsrat Paul R i e d e l zum Generalsekretär des Landesverbandes bestimmt. Sowohl Herr Dr. Max K o l t e als Herr Georg G r o s s e und Herr Paul R i e d e l sind, jeder für sich allein, zeichnungsberechtigt.

Es wurde in Aussicht genommen, die Amtsdauer der genannten Herren laufen zu lassen bis nach vollzogenem Aufbau der Organisation im Lande Thüringen auf einem einzuberufenen Landes-Parteitag neue Wahlen für die zu besetzenden Ämter vorgenommen werden können.

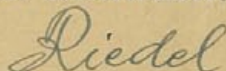
Diese Verhandlungsniederschrift wurde nachträglich angefertigt und von dem Vorsitzenden und dem General-Sekretär wie folgt unterschrieben.

Weimar, den 3. Oktober 1945

Der stellvertretende
Vorsitzende:



Der Schriftführer:



Aufruf der Christlich-Demokratischen Union
Halle/Saale, 25. Juli 1945

A u f r u f

der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands!

Deutsche Männer !

Deutsche Frauen !

Deutsche Jugend !

Der verantwortungslose Größenwahn des Nationalsozialismus hat in Verbindung mit Unfähigkeit und Verderbtheit millionenfaches Leid und grauenvolles Elend über unser deutsches Volk gebracht.

Die faschistische Irrlehre, deren nationalsozialistischer Betrug, haben zu einem grauenvollen Ende geführt. Ströme von Blut sind geflossen, Städte sind vernichtet, der Pulsschlag des Wirtschaftslebens ist erlahmt, der geordnete Zusammenhang in Staat und Volk ist zerstört. Die Grundlagen des sittlichen Lebens sind erschüttert. Wir stehen vor einer noch nicht zu überschendenden Katastrophe!

Unsere an Leib und Seele auf schwerste geschädigtes, ja, schier zu Grunde gerichtetes Volk soll und muß sich aus dem Abgrund wieder erheben. Die hinfüt gegebene Aufgabe bleibt unlösbar, wenn nicht alle, die guten Willens sind, im Geiste der Selbsthingebung alles tun, was sie uns Opfer an Zeit, Kraft und Mitteln irgendwie leisten können, um das zusammengebroche Vaterland wieder aufzubauen.

In aufrichtigen Willen zur Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistischen Parteien ist die neugegründete überkonfessionelle Christlich-demokratische Union entschlossen, das Äußerste einzusetzen, um zu dem ersehnten Ziel zu gelangen.

Wir nennen uns christlich. Wir sind uns dabei dessen bewußt, daß auch in den anderen Parteien bei vielen christliche Gewißung mitspricht. Uns erscheint jedoch der Wert des christlichen Kultur- und Gedankenguts wie der christlichen Gesittung als so wichtig für Volk und Staat, daß wir uns auch ausdrücklich christlich nennen.

Der Staat, an dessen Bau wir mitarbeiten, soll und kann kein anderer als ein demokratischer sein. Wer zu uns stößt, hat die Demokratie ernst zu nehmen. Im Bekenntnis zu einem vom echten Volkswillen getragenen Staat wissen wir uns einig mit den anderen Parteien, und wir sind gewillt, diese Einigkeit bewußt zu pflegen. Wir glauben, daß

durch das Eintreten der Christen für ein demokratisches Deutschland diesem eine besonders zuverlässige Stütze erwächst.

Die Ehrfurcht vor Gott und seinen ewigen Geboten hat nicht zugelassen, daß wahre Christen sich der Anmaßung des Nationalsozialismus beugten. Wir gedenken in Dankbarkeit aller derer, die um ihrer aufrechten Haltung willen Schweres zu erdulden hatten. Wir wenden uns auch fernerhin gegen den Faschismus und alle Mächte gewaltsamer Unterdrückung. Deshalb fordert die

Christlich-Demokratische Union Deutschlands:

1. die restlose Zerschlagung und Vernichtung des Nationalsozialismus in jeder Form; ein qualifiziertes Beamtentum; ein zuverlässiges Polizeiorgan; abschaffen der geheimen Staatspolizei; scharfe Bekämpfung des Denunziantentums;
2. ein freundschaftlich - nachbürliches Verhältnis mit allen friedliebenden Nationen; die Heilhaltung geschlossener Staatsverträge;
3. die Wiedergeburt der vom Nationalsozialismus zertretenen Menschenwürde; durchgreifende Hilfe für alle mittelbar oder unmittelbar durch den Krieg Eingekerkerten; eine gesunde Lohn- und Tarif- sowie Sozialpolitik;
4. gleiches Recht für jeden Staatsbürger ohne Ansehen der Person, des Ranges und des Standes als Grundlage für ein neues Vertrauen des Volkes in die Rechtspflege;
5. freie Wirtschaft unter stärkster Betonung des Konsumenteninteresses; gesunde Planwirtschaft und, wenn im öffentlichen Interesse nötig, Verstaatlichung von wirtschaftlichen Unternehmen; freie Entfaltung aller für das Volk wertvollen persönlichen Kräfte; Wiederaufbau der deutschen Heimat mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln; Sicherung der Ernährung und Versorgung mit allen lebenswichtigen Verbrauchsgütern;
6. Erziehung einer wahrheitsliebenden berufstüchtigen Jugend und Heranbildung eines dazu geeigneten Lehrkörpers; freie sportliche und bündige Betätigung der Jugend; Hüterung und Pflege der Familie und des Elternrechts; Achtung und Schutz der persönlichen Freiheit; Religions-, Gesinnungs- und Gewissensfreiheit für jeden Staatsbürger; Freiheit der wissenschaftlichen Forschung; Freiheit in Rede, Schrift und Bild im Rah-

Rahmen neu zu schaffen; gesetzlicher Bestimmungen;
gesetzlichen Schutz der religiösen Gemeinschaften und
ihrer Einrichtungen; verständnisvolle Zusammenarbeit
zwischen Staat und Kirche; gesetzlichen Schutz der Min-
derheiten; Pflege deutscher Kultur;

Deutsche Männer !

Deutsche Frauen !

Deutsche Jugend !

Ans Werk ! Das oberste Gebot heißt jetzt nicht:

" Ich will meine Ruhe haben ! "

sondern:

" Ich will helfen ! "

Nicht ein einziger darf mehr abseits stehen; greift Euch selbst
und handelt! ~~Wir~~ haben Euch nichts zu verordnen; nur, was wir
gemeinsam werden einig sein.

Christlich - Demokratische
Union Deutschlands

Der Kreisverband Sachsen-Anhalt.

Zertz

Andreas Bödl

Bergarbeiter

A. Böhm

Schulrat

Halle/Saale, den 25. Juli 1945.

H. Kauer Brelme

Fabrikbesitzer

J. Dietrich

Mittelschullehrer

Emil Fuos

Bäckermeister

~~A. Föbel~~ Paul Korb.

Druckereibesitzer

Maschinenarbeiter

Albert Kämpisch
Malermeister

Dorothea Lyding
Ehefrau

F. Förster

Rudolf Weigand

Superintendent

Postsekretär

E. Wilhelmshoff.

Pfarrer

Arnd Sasse.

Lehrer

~~Walter Sasse~~

Bank-Kaufmann

Hermann Zimmermann

Lackierer

Jürgen Edmann

Radiotechniker

Max Priebe

Aufruf der Christlichen Volkspartei
Chemnitz, Juli 1945

Aufruf an das V o l k .

Deutsche Männer und Frauen ! Durch die Schuld Hitlers, seiner fanatischen Anhänger und unzähligen gedankenlosen Mitläufer ist Deutschland in ein seelisches und materielles Trümmerfeld verwandelt worden. Millionen Menschen sind um Haus und Habe gebracht. Millionen aus der Heimat verjagt, die nun über die Straßen Europas irren, Millionen Tote klagen an !

U n g e h e u r e Schuld

an fremden Völkern und am eigenen Volke wurde angehäuft und das Abtreten dieser Verbrecher von der Bühne der Weltgeschichte, auf der sie für lange Zeit den deutschen Namen geschändet haben , war so schmachlich und erbärmlich, wie noch nie ein System zusammengebrochen ist. Nun stehen

W i r Ü b r i g g e b l i e b e n e n

vor der unsagbar schweren Aufgabe, die Trümmer wegzuräumen und zwischen ihnen und über sie hinweg neue Wege zu suchen, um unser Volk aus dem Chaos zu retten und zu seinem besseren Selbst zurückzuführen. Schon haben Menschen guten Willens angepackt, die ersten Lasten zu bewegen. Da darf Keiner gleichgültig , verbittert oder verzweifelt beiseitestehen, solange er noch eine

starke Hand , ein denkendes Hirn und ein warmfühlendes Herz hat !

Aber dabei dürfen wir nicht nur die äußeren Trümmer und die leibliche Not des Volkes sehen ; alle Prüfungen dieser Zeit haben tiefere Ursachen und rufen nach grundsätzlichen Erkenntnissen .

W a s i s t g e s c h e h e n ?

Im ersten Weltkriege erlitt das deutsche Volk eine Niederlage, weil es den lebendigen Gott, der sich in unserer Geschichte oft und herrlich offenbart, auf die Seite geschoben hatte. Es hatte sich seit langem vom Gottesglauben abgewendet; seine große christliche Vergangenheit verleugnet. Gottes Gebote waren für Millionen längst nicht mehr das heilige Grundgesetz ihres Denkens und Handelns; sondern rein diesseitszugewandter Materialismus und - als Folge davon - rücksichtslose Ichsucht. Die Weltgeschichte aber beweist:

A b f a l l v o n G o t t

führt, früher oder später, unweigerlich zum Untergang eines Volkes! Weil das deutsche Volk seinen Sinn nicht änderte und nicht nach dauerhaftem Frieden mit Gott und den Menschen trachtete, wurde es in seiner Halsstarrigkeit

mit jenem Adolf Hitler gestraft,

diesem Abenteurer, der durch teuflische Macht völlig aus dem Wurzelboden des Väterglaubens und des Wortes Gottes gerissen war und sich im "Allmächtigen" ein Viele täuschendes Götzenbild nach seinem Wunsche zurechtgemacht hatte, Hitlers Schlagworte fanden nur darum sovielen willigen Hörer und Gläubige, der Wahnsinn seiner "Politik" konnte nur darum viele Millionen in seinen Taumel reißen, weil das Volk in seiner Mehrheit nicht mehr christlich glaubte und lebte, weil es so der inneren Kraft der göttlichen Wahrheit entbehrte. So war es auch kein Wunder, daß der Nationalsozialismus in seiner Praxis von Anfang an die christlichen Kirchen verfolgte, ihre Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten immer mehr knebelte und viele ihrer Geistlichen und Laienführer um Freiheit und Leben brachte, alles mit dem immer offener ausgesprochenen Ziele: nach dem Siege kommt die Kirche dran! Er wußte, daß das

Christentum sein gefährlichster geistiger Gegner

war, auch wenn es gegen brutale Gewalt als Waffe- seinem Wesen nach nur geduldiges Ausharren und das glaubensstarke Wirken in der Stille einsetzen konnte. Unser Durchhalten und das Martyrium vieler unserer Besten in den Konzentrationslagern gibt uns Recht und Pflicht, jetzt vor unser Volk zu treten und es im antifaschistischen Staate dazu aufzurufen:

Setzt beim Wiederaufbau der zertrümmerten Seelen und Hoffnungen besonders auch bei der Umerziehung der deutschen Jugend die ewigen Werte des Christentums ein!

Von Vielen bisher verkannt und verachtet, von den Meisten überhaupt nicht mehr gesehen, ist die Botschaft Christi heute noch die beste Voraussetzung auch für das irdische Wohlergehen der Völker und jedes einzelnen Menschen. Die Gewissensbildung an Gott und seine Gebote schafft stärkere Sicherungen des Zusammenlebens als alle menschlichen Gesetze und Strafmaßnahmen.

Starker, fester Glaube an die " Frohe Botschaft " ehrliche, christliche Tat nach dem Grundsatz der Liebe: das sind die kostbaren Kräfte, die wir an der Seite aller ehrlich

Hilfsbereiten aus anderen Lagern in die Wagschale zu legen haben, wenn es um die Zukunft Deutschlands geht.

L e s t u n s e r e L e i t s ä t z e ,

und Ihr werdet dieses unser Wollen aus jedem einzelnen herausspüren!

In selbstmörderischem Wahnsinn wurde unser Volk gezwungen, den Krieg "um jede Stadt , um jedes Haus , um jeden Baum" bis zum bitteren Ende weiterzukämpfen , auch als jeder denkende Mensch längst einsah, daß nichts mehr gutzumachen war, wohl aber noch Manches zu retten gewesen wäre. Wer in diesen Jahren des Schreckens nachdenklich geworden ist, vor allem auch die Opferträger an der äußeren und Heimatfront , wer einsehen gelernt hat , daß ,

" wenn der Herr das Haus nicht baut, die Bauleute umsonst arbeiten "

wird unseren Ruf hören und mit uns gemeinsam dafür wirken , daß der Christentum unserem Vaterlande wieder zum Segen werde und unser Volk wieder zurückführe in die gottgewollten Ordnungen und in die Gemeinschaft der freien Völker der Welt.

Träger dieses Wollens im politischen Raum

will namens der Christen aller Konfessionen die

C h r i s t l i c h e V o l k s p a r t e i

(CVP)

sein, -- helft ihr dabei zum Wohle des ganzen Volkes !

Bach ,	Professor an der staatl.Akademie für Technik
Barthold,	Fabrikdirektor
Bötttrich,	Reichsbahnobersekretär
Geyer,	Modelltischler
Gleicher ,	Schlosser
Hoschek,	Textilfabrikant
Küntzelmann,	Studienrat
Dr.Neumann,	Apotheker und Pharmazierat
Richter,	Feinmechanikermeister
Dr.Bode,	Studienrat
Rudlof,	Gießereiarbeiter
Dr.med.	
Steinbach,	Ärztin

Chemnitz, im Juli 1945

Aufruf der Ortsunion
Neubrandenburg, 7. August 1945

778
20
Ein-
zug

["Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Ortsunion Neubrandenburg.

["Mit Genehmigung des Ortskommandanten Neubrandenburgs tritt die Christlich-Demokratische Union Deutschlands nach dem schmachvollen Zusammenbruch des Nazi-Regimes hiermit zum ersten Male als Partei vor die hiesige Öffentlichkeit.

["Nachdem der blutige Hitler-Faschismus das deutsche Volk 12 Jahre lang terrorisiert, seinen Geist und Willen 12 Jahre lang tyrannisiert und es durch seine verbrecherische Kriegspolitik in das größte Elend gestürzt hat, gilt es, alle antifaschistischen Kräfte für den Aufbau eines freiheitlich demokratischen Staates zusammenzufassen.

["Daher ruft die Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Ortsunion Neubrandenburg, alle diejenigen auf, die sich zu einem rein religiös aufgefaßten Christentum → ganz gleich welcher christlichen Konfession → und zu einer demokratischen Staats- und Lebensführung bekennen, sich in der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands zusammenzuschliessen und damit aktiv teilzunehmen am Neuaufbau des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens.

["Beseelt von dem Willen zum einheitlichen Zusammenwirken mit den antifaschistischen Parteien, stellt sich die Christlich-Demokratische Union Deutschlands zur Mithilfe am Aufbau des demokratischen Staates und seiner demokratischen Verwaltung unter den vielfach anstehenden Forderungen der Zeit für ihr Arbeitsprogramm besonders folgende Hauptaufgaben:

1. Völlige Ausrottung des Nazi-Faschismus, seiner Gesetzgebung, seiner Rechtsprechung und seiner ideologischen Grundlagen.
2. Völlige Beseitigung des Militarismus und der durch ihn hervorgerufenen Schäden geistiger, politischer und sozialer Art.
3. Enge Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Deutschlands und mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gemäß des vom

antifaschistischen Block aufgestellten gemeinsamen Aktionsprogramms.

78
20
Einzug
[4. Neuaufbau eines freiheitlich demokratischen Staates mit einer freiheitlich kommunalen Verwaltung in Stadt und Land auf fortschrittlicher demokratischer Grundlage.

[5. Aktivierung aller Kräfte für die Sicherstellung der Ernährung und Zukunft unseres Volkes, besonders Mobilisierung der städtischen und ländlichen Arbeitskräfte für die Einbringung der Ernte.

[6. Förderung des kulturellen Aufbaus durch Säuberung und Unterstützung von Kunst und Wissenschaften, durch Forderung von Gewissens- und Religionsfreiheit und durch Forderung der freien Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter ausdrücklicher Wahrung der Interessen des Staates und der Achtung der Menschenwürde sowohl der Angehörigen des eigenen als auch der jedes anderen Volkes.

[7. Neuordnung des Rechtes auf allen Gebieten des persönlichen, gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Lebens in freiheitlichem Geiste. Gewährung humanen Rechtsschutzes für jede Volks- und Rassenzugehörigkeit mit strafrechtlicher Unterbindung jeder Verhetzung.

[8. Verstaatlichung der Bodenschätze, Bergwerke, Banken, Konzerne, Versicherungsunternehmen und Strom- und Kraftquellen.

[9. Behebung der Wohnungs- und Siedlungsnot durch Heranziehung des Großgrundbesitzes durch Abgabe von Grund und Boden für siedlungsbereite Volksgenossen.

[10. Bereitwillige Durchführung der Anordnungen der Besatzungsbehörden und Anerkennung der Pflichten zur Wiedergutmachung.

[Keiner stehe beim Aufbau abseits!

[Entschließt Euch ! Werdet Mitglieder !

[Für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands,]

Ortsunion Neubrandenburg]

[Neubrandenburg, den 20. Juli 1945" 4/

Vollmacht der Christlich-Demokratischen
Union Deutschlands
Berlin, 17. August 1945

V O L L M A C H T .

Der Vorstand der Christlich Demokratischen Union Deutschlands bevollmächtigt hiermit die nachfolgenden Herren :

Fritz B l a u e l , Berlin-Wilmersdorf, Prinz Regenten - str. 92,

Georg D e r t i n g e r , Berlin - Dahlen, Hüttenweg 28,

Hermann R e m e l é , Berlin-Wilmersdorf, Hindenburg- strasse 92a

die Partei der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in allen rechtsgeschäftlichen Angelegenheiten zu vertreten und für sie Erklärungen abzugeben und zwar sollen von den Vorgenannten je zwei Herren nur gemeinschaftlich zur Vertretung berechtigt sein.

Berlin, den 17. August 1945

A. Luchmann
Hans Helge
Jacob Kaiser

Wacker
Zent

- Die vorstehenden, vor mir gefertigten Namensunterschriften
- 1) des Reichsministers a.D. Dr. Andreas Hermes, Charlottenburg, Wundtstrasse 42,
 - 2) des Staatsministers a.D. Rechtsanwalt und Notar Dr. Walter Schreiber, Berlin-Charlottenburg, Wundtstrasse 12,
 - 3) des Landrats a.D. Theodor Steltzer zu Charlottenburg, Eichenallee 30,
 - 4) des Herrn Ernst Lemmer, Berlin-Zehlendorf, Hohe Kiefer 13,
 - 5) des Herrn Jakob Kaiser, Berlin-Wilmersdorf, Wittelsbacherstrasse 28

beglaubige ich hierdurch.

Nummer 78 der Urkundenrolle 1945
Berlin, den 17. August 1945.

Statt des Dienstesiegels:



A. Luchmann
Notar.

Gründung der Christlich-Demokratischen
Partei des Rheinlandes
Köln, 2. September 1945

Lesen -
Rundschreiben der Christlich-Demokratischen Partei
des Rheinlandes
1/45

K ö l n, 9. Sept. 1945
Breitestr. 108

B e r i c h t

über die Gründungsversammlung der Christlich Demokratischen Partei
des Rheinlandes am Sonntag, dem 2.9.45 im Kolpinghaus zu Köln, Breitestr.

2.9. Berlin!

In einer ernsten und feierlichen Kundgebung hat die Christlich-Demokratische Partei des Rheinlandes ihre Gründung vollzogen, nachdem die Kölner Kreispartei bereits 14 Tage vorher, am 19. August 1945, gegründet worden war. Über 200 Vertreter aus allen Teilen des Rheinlandes waren erschienen.

Es war ein seit langem ungewohntes Bild, das sich den Kölnern darbot, als sie am frühen Nachmittag die zahlreichen Autos in der völlig zerstörten Breitestrasse zu Köln erblickten. Auch wer nicht wusste, um was es sich handelte, spürte, dass etwas Neues und Grosses in dem halb zertrümmerten Kolpinghaus im Gange war.

In der Tat, es war neu und gross, was im Speisesaal des Kolpinghauses geschah. Noch vor einer Stunde nahmen hier hunderte ihr Mittagessen ein; aber fleissige Hände hatten *rasch die Tische auf-*fermt, Stuhlreihen aufgestellt und den Saal in ein festliches Gewand gekleidet. Ein Kreuz an der Wand, eine Fahne an der Ecke und einige Blumensträuße bildeten den kargen Schmuck. Aber inmitten der Ruinen der Stadt waren sie ein Zeichen der Hoffnung auf eine freiere und frohere Zukunft.

Die Hoffnung, dass nun nach zwölf Jahren Diktatur und sechs schweren Jahren des Krieges und der Verwüstung wieder Freiheit

und Friede gesichert seien, beherrschte die Versammlung. Noch mehr aber war die Versammlung getragen von dem Ernst der gegenwärtigen Stunde und der Verantwortung, die auf allen jenen ruht, die auf den materiellen und geistigen Trümmern der Zeit ein neues politisches Gemeinwesen bauen wollen.

Das Kreuz an der Wand und die Blumen, die zu seinen Füßen standen, waren nicht umsonst der einzige Schmuck des Raumes. Es war ein Hinweis auf die Überzeugung all derer, die da die neue Partei gründen wollten, dass der Sieg des moralischen und materiellen Wiederaufbaus nur im Zeichen des Kreuzes errungen werden kann.

Den Einleitungsvortrag hielt Dr. Scharnitzel, Köln. Er gab einen Bericht über das Werden der Partei. Er führte aus:

Meine Damen und Herren!

Namens des vorbereitenden Ausschusses für die heutige Tagung habe ich die Ehre, Sie hier herzlich zu begrüßen. Der Zweck unserer Zusammenkunft ist Ihnen allen bekannt. Sie sind hierher gebeten worden, um Beschluss zu fassen über die Gründung einer neuen Partei neben den bisher in Erscheinung getretenen liberalen, sozialdemokratischen und kommunistischen Parteigebilden. Ohne befürchten zu müssen, der Übertreibung geziehen zu werden, darf man wohl sagen, dass die zukünftige Arbeit dieser neuen Partei neben derjenigen ~~der christlichen Kirchen wesentlich mitbestimmend~~ sein wird für die Erhaltung der abendländischen, christlichen Kultur im rheinischen Raum und weit über dessen Grenzen hinaus.

Gründungsprotokoll
der Christlich-Demokratischen Union
Bonn, 21. September 1945

Gründungsversammlung

am Freitag 21. 9. 1945, 18 Uhr.
Gastwirtschaft Jacobs Friedrichstraße

Ansprache von Rechtsanwalt Johs. Henry
Wahl eines vorläufigen Vorstandes

Vorsitzender: Rechtsanwalt Johs. Henry
stellv. " : Syndikus Dr. Gerh. Nölle
Schriftführer : Rechtsanwalt Dr. Hubert Claessen
Kassenführer : Lehrer Josef Kopperath
Beisitzer : Geschäftsführer Bernhard Deutz
: Orthop. Schuhmachermeister Hubert Bartel
: Sekretär Peter Görtz
: Reg. rätin a. D. Frau Dr. Emilie Koestermann

Teilnehmerzahl: 38

Katholiken und evangelische Christen,
Vertreter aller Stände aus Bonn,
einnütziges Bekenntnis zur politischen
Zusammenarbeit zum Wohl der
Gesamtheit.

Gründungsprotokoll
der christlich-demokratischen Partei
Vechta, 22. September 1945

Protokoll

über die Gründung der christlich-demokratischen
Partei-

des Kreises Vechta.

am 22. Septbr 1945 in Woluwe (Hilsmann)

Protokoll der eigentl. der Gründungs-
versammlung siehe Seite 5!

Bürgermeister Zerhusen, Lehne.

Eröffnet die Tagung, die aus fast allen Gemeinden des Kreises Vechta besucht ist. Der Versammlungsleiter teilte alsdann mit, dass die Versammlung einberufen sei zum Zwecke der Gründung einer Partei. Er bittet den anwesenden Bürgermeister, Dr. Egbring, Goldenstedt, das Referat zu übernehmen.

Bürgermeister Dr. Egbring, Goldenstedt:

Das Münsterland steht gegenwärtig im Banne grosser Umwälzungen auf allen möglichen Gebieten. Der Kreis Vechta führt eine Verwaltungsreform durch, wie sie in ihren Ausmassen noch nie dagewesen ist. Auch der heutige Tag bedeutet eine wichtige Entscheidung. Er wird dazu beitragen, den Geist zu bestimmen, der im Lande herrschen soll. Und das wird sich fortpflanzen in die anderen Kreise. Man muss sich nur heute fragen: Wie organisiert man? Welche Form einer Partei wählt man? Wie ist das Beste im Lande zu erreichen? Man muss sich also klar werden über das, was man will! Nicht die Parteigründung ist das Ziel, das Ziel wird nur verwirklicht durch eine Partei. Wir wollen, dass der Not in unserem Vaterlande ein Ende gemacht wird. Wir wollen, dass die Ungerechtigkeit beseitigt wird. Wir wollen, dass Deutschland in der Welt wieder einen geachteten Namen bekommt, und in der Welt den Platz einnimmt, der ihm auf Grund seiner Vergangenheit zukommt. Das Ziel ist darum auch nicht auf Jahre beschränkt. So schnell kommen wir aus dem Elend nicht heraus. Wir wollen endlich, dass in diesem Lande auch das Beseitigt wird, was wir 12 Jahre lang ungemein schmerzvoll empfunden haben. Wir wollen, dass die kirchliche Freiheit und die Freiheit des kirchlichen Unterrichts wieder hergestellt wird. Aber auch im Privatleben soll Freiheit herrschen. - So umfassend diese Ziele sind, müssen auch die Ziele der Partei sein. In der Vergangenheit haben wir das Parteileben kennengelernt. Viele der früheren Parteien hatten bestimmte Programme. Wir müssen eine Idee haben, die sich über die Einzelheiten erhebt, die losgelöst ist von der Materie, eine christliche Idee. Wir wollen Ethik, die ein Jahrtausend besteht. Schliesslich wir uns zusammen auf der Grundlage, die wir hier im Münsterlande haben. Hier ist ein gläubiger Katholizismus. Nichts wäre nun leichter, als die Katholiken in einer katholischen Partei zusammenzuschliessen. Würde aber diese Partei genügen, um die umfassenden Ziele der Politik durchzusetzen? Nein! Die Katholiken müssen zusammen arbeiten mit anderen Konfessionen und Organisationen. Eine katholische Partei wäre abgeschlossen in sich und eine gewisse Feindseligkeit gegenüber anderen wäre die Folge. Das alte Zentrum war eine christliche Partei, u. ihre Idee war eine christliche. Man könnte nun versuchen, das alte Zentrum wieder aufleben zu lassen und den evangelischen zu sagen: Kommt zu uns! Was machte wohl Brüning, wenn er jetzt hier wäre? Ich glaube, er würde das billigen, was ich Ihnen hier jetzt sage: Man muss heute der Frage näher treten, ob es nicht heute ander Zeit ist, über den Katholizismus hinaus eine Partei zu gründen, die allen den Zutritt gestatten soll, die auf einer christlichen Grundlage mit uns einig gehen. Der Wille des deutschen Volkes ist, das es sich selbst regiert, dass es bestimmt, von wem es regiert werden soll. Die Grundlage der Partei, muss aber auch demokratisch sein. Der Name Demokratie hat nicht einen allzu guten Klang bei uns. Aber die Demokratie hat, z.B. in England, Leistungen vollbracht, die beachtenswert sind. Es kommt eben auf den Geist an, von dem sie erfüllt ist. Das bestimmt die Form! Welche Idee können wir dem Staate geben? Es kann nichts anderes geben für uns und den Staat, als die christliche Ethik. Wir können darum nicht das alte Zentrum wieder aufleben lassen. Wir müssen allen Deutschen die guten Willens sind, gestatten, zu uns zu kommen. Die Programme der anderen Parteien bedeuten nichts als reine materielle oder soziale Fragen. Es fehlt ihnen die Idee.

b.w.

Die letzten Tage der Entwicklung in unserem Vaterlande haben gezeigt, dass die Parteigründung jetzt notwendig ist. Die jetzigen Wahlen sind nur unvollkommen, aber sie sind immerhin ein Anfang. Eine Menge Fragen stehen aus, z.B.: Soll das Land Oldenburg selbständig bleiben? Kommt ein anderer Anschluss in Frage, etwa nach Süden? Die Bildung eines Rheinlandstaates wird jetzt angestrebt, der beste Teil von Westfalen soll ihm angeschlossen werden. Alle diese hochpolitischen Fragen zwingen uns, das Volk aufzurufen. Wir sind noch nicht am Ende der bösen Zeit. Die neue Partei muss hinüberreichen in die anderen Zonen, die heute noch insich abgeschlossen sind. Ich habe Ihnen nun vorzuschlagen, sofort eine Partei zu gründen und Sie zu bitten, uns dabei zu helfen. Denn Sie alle mitzun. Wir sind heute ein freies Land, wir können wieder sagen, was wir wollen. Wir müssen aber für unser Volk wirken und für unsere Gemeinde. Ich habe nun schon vor längerer Zeit mit verschiedenen anderen Herren Verbindung gesucht und habe Landrat Dr. Glaser und Bürgermeister Gerhardt gebeten, sich mir anzuschließen. Ich wollte auch diese Herren zusammenbringen mit meinen früheren Freunden. Redner schildert die Reise nach Köln und Münster und fährt dann fort: Was tun wir nun in Oldenburg? Ich bitte Sie nun, sich offen auszusprechen. In allen Teilen Deutschlands entsteht die christlich-demokratische Partei. Wenn wir heute etwas anderes beschlossen würden, ständen wir allein und schließen uns ab. Wir müssen uns auf der christlich-demokratischen Grundlage einigen. Allein aber können wir nicht in unserem Landesteil fertig werden. Es gibt darum auch für uns keinen anderen Weg, als den; die christlich-demokratische Partei zu gründen. Auch hier können wir den evangelischen Volksteil bei uns sehen. Alle können mit uns gehen. Die christliche Ethik ist den Evangelischen ebenso eigen wie auch uns. Ich frage Sie nun, was haben Sie zu meinem Vorschlag zu sagen: Glauben Sie etwas Besseres zu finden, tragen Sie es vor. Wir wollen das Beste haben, was zu finden ist. In dieser Not, in die uns eine verbrecherische Vergangenheit gestürzt hat. Wenn Sie irgendwelche Fragen haben, fragen Sie, ich werde Ihnen antworten.

Bürgermeister Zerhagen, Lehne

dank dem Redner für seine Ausführungen. Er bittet um Wertmeldungen.

Oberstud.Rat Kempe, Vochts: Diese stattliche Versammlung weckt in mir unwillkürlich die Erinnerung an eine längst vergangene Zeit. Auch wir haben damals Politik getrieben. Leider waren wir damals zu sehr zersplittert. Ich erinnere mich auch heute noch an manche Auseinandersetzungen mit Leuten, mit denen wir uns eigentlich verbunden fühlten. Viele waren durch eine verantwortungslose Hetze dazu getrieben, gegen uns zu arbeiten. Ich habe von manchem das Gefühl gehabt, wir gehörten eigentlich doch zusammen. Dieses Gegenüberleben hat uns geschadet. Dann kam der große Krieg und heute haben wir wieder das Gefühl: Wir müssen zusammenstehen. Der alte Name Zentrum wird nicht in die neue Zeit hinübergenommen werden. Das halte ich nicht für richtig. Wir wollen der neuen Partei einen neuen Namen geben. Ob der Name "christlich-demokratisch" richtig ist, weiss ich nicht. Wir können aber nicht mehr einen anderen Weg gehen. Anderswo ist ~~der~~ dieser Weg gekreuzt gegangen. Worauf es mir ankommt, ist, dass wir in unserem gesegneten

b.w.

Münsterland alle Unterschiede beiseite lassen und uns einigen auf einem Boden, auf dem wir alle treten können. Auf einseitige Bestrebungen einzelner Stände können wir nicht fassen. Ich halte es für notwendig, dass wir von vornherein zueinander treten und uns die Hand reichen im gemeinsamen Willen, das Wohl unseres Vaterlandes zu erstreben. Wenn wir alles Trennende beiseite schieben, können auch die Interessen unseres Nachbarn zur Geltung kommen. Wenn wir zu unserer Grundlage machen, dass wir die christliche Gerechtigkeit und die christliche Nächstenliebe walten lassen, dann glaube ich, werden wir in unserem kleinen Ländchen Oldenburg eine grosse christliche Partei zustande bringen, die ein fester Block werden kann, an dem alle Anstürme abprallen werden. Die beiden anderen Parteien sind im Grunde genommen christentumsfeindlich. Sie fordern die Trennung von Kirche und Staat. Wir lehnen das selbstverständlich ab. Wenn die Kirche ausgeschaltet wird, hat die andere Seite, das, was sie will, dann wird das Christentum verkümmern. Lassen Sie darum mit unserem schönen Lande Oldenburg uns alle mit dazu beitragen, den Grundstein zu legen, zur christlich-demokratischen Partei. Ich begrüße den Entschluss, einen politischen Zusammenschluss aller derjenigen zu versuchen, die christlich denken und ihr Leben nach christlichen Grundsätzen beherrschen lassen.

Hollenberg, - Neuenkirchen - Wir haben uns seinerzeit bekämpft. Das brauchte nicht zu sein. Ich verspreche mir von der neuen Partei sehr viel. Vor allem in Rücksicht auf die beiden Konfessionen. Die Unterschiede sind nicht sehr gross. Man sollte sich nicht mehr bekämpfen. Ich werde meine ganze Kraft einsetzen, um ein Zusammengehen zuzumöglichen.

Crome, Vechts: Wir müssen es in Zukunft vermeiden, uns gegenseitig zu bekämpfen. Es soll auch in dieser Stadt einmal Gegensätze gegeben haben. Wenn wir die neue Partei gründen, wollen wir bedenken, dass einmal christlich und zum anderen demokratisch gehandelt und gearbeitet werden soll. Wir wollen nicht für einen einzigen Stand allein arbeiten. Wir wollen arbeiten für alle unsere Mitbürger, um allen über diese schwere Zeit hinwegzuhelfen. Wir wollen uns das schwere Los nicht gegenseitig erschweren, sondern es uns nach Möglichkeit erleichtern.

Samann, Lehne: Grundsätzlich bin ich mit meinen Vorrednern einverstanden. Ich bedaure es, dass ausser der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei nur eine Partei noch gegründet werden kann. Besser wäre es zweifellos, wenn noch mehrere Parteien gegründet werden könnten. Die Gefahr liegt nun für uns darin, dass auch die Nazis zu unserer Partei kommen und sich in ihr breit machen werden.

H. Egbring, Goldenstadt: Ich danke Herrn Oberstud.Rat Wempfe, für seine Ausführungen. Ich bin auch erfreut, über seine Zustimmung zu meinen Ausführungen. Ich danke auch dem letzten, verdienten Vorsitzenden der Zentrumspartei, Herrn Rechtsanwalt Dr. Reinke, dass er an unserer Tagung teilnimmt. Es ist schmerzlich vom Alten Abschied zu nehmen, aber wenn etwas Neues geschaffen werden soll, dann ist der gute Wille zum Neuen besser als die Trauer um das Alte. Es soll aber nicht vergessen werden. Es ist nun nicht möglich, eine eigene oder eine andere Partei aufzumachen. Wir wollen nicht, dass alte militärische Einrichtungen wiederkommen. Vergessen wollen wir auch nicht, dass gerade deutsch-nationale Kreise es gewesen sind, die die Nazi-Partei finanziert haben. Wenn breite Kreise des Volkes zu uns kommen, die mitarbeiten wollen; Herzlich willkommen! Wir wollen und werden dafür sorgen, dass wir oben bleiben! Wir wollen heute nicht nur eine Aussprache, wir wollen einen festen Beschluss fassen.

Ich schlage vor, dass der Herr Vorsitzende jeden befragt, ob er der Partei beitreten will. Wir wollen dann einen Ausschuss wählen, der das Programm ausarbeiten soll.

Zerhausen, Lohne bittet um eine Erklärung, wer der christlich-demokratischen Partei beitreten will.

Themann, Vehta wünscht zunächst noch eine Aussprache über die Missstände im bisherigen Parteileben. Mit den bisherigen Ausführungen bin ich grundsätzlich einverstanden. Wir müssen eine grosse Partei gründen. Es besteht aber eine Gefahr für uns, wenn wir alsdann 1 Sammelbecken bilden, für die früheren Rechtsparteien. Wir müssen vorsichtig sein. Ich stimme der neuen Partei zu.

Dr. Ebring, Goldenstedt: Zweifelle besteht die Gefahr, dass viele Leute zu uns kommen, die wir nicht wünschen. Aber wir haben es doch selbst in der Hand, diese Leute nicht hereinzulassen! Die örtlichen Organisationen müssen die Augen offen halten.

Kuellenberg, Nauenerkirchen: Ich sehe die Gefahr nicht für so gross an. Dem deutschen Volke sind ja in den letzten 12 Jahren die Augen aufgegangen.

Landrat Dr. Siamer, Vehta: Da sich andere Kreise in die Partei einschleichen, wird dadurch unmöglich gemacht, dass die Militärregierung darüber wachen wird. Alle führenden Köpfe irgend einer früheren Partei müssen sich ausweisen und werden überprüft. Diese Gefahr ist z. Zt. nicht gegeben. Die Militärregierung will uns befreien von der Möglichkeit, militärischen Geistes. Es ist ein besonderes Überwachungsstatut geschaffen. Der Herr Oberst will wissen, wer hinter der neuen Partei steht. Die neue Partei kann nicht gebildet werden, von einem Gremium, das nicht vorher gemeldet ist. Redner verbreitet sich alsdann hierüber noch weiter und fährt dann fort: Unsere Aufgabe ist nicht Interessenpolitik zu treiben. Wir müssen unsere Jugend heranziehen. Die Jugend schlummert. Wenn uns das nicht gelingt, geht auch das Letzte in Trümmer. Es geht auch nicht an, dass wir uns hier im Münsterlande gegenseitig bekämpfen. Ich möchte Ihnen deshalb den Vorschlag machen: Schliessen Sie sich auf einer ideellen Basis zusammen. Die zurückkommende Jugend aus dem Kriege müssen wir zu uns herüberziehen. Wir müssen sie begeistern für unsere Idee.

Dammann, Lohne: Die Jugend müssen wir gewinnen. Damit bin ich durchaus einverstanden. Aber wir müssen ihr auch etwas bieten. Wir müssen für die Jugend sorgen. Ein soziales Programm ist die Hauptsache. Haben wir Arbeit für die Jugend? Gerade dem kleinen Mann müssen wir fördern.

Stud. Rat Kraemer, Vehta: Es ist gut, dass die ehemaligen Rechtsparteien nicht widerkommen. Sie werden sich aber wieder einschleichen. Dagegen gibt es nur eines: Da sein! Es muss etwas getan werden. Die Partei, die führt, und die Regierung müssen wissen, dass sie für das Volk da sind. Das Volk aber muss sich für seine Führung einsetzen. Redner verbreitet sich eingehend über den Begriff "Demokratie". Wir müssen Erziehungsarbeit leisten. Das muss in demzubildenden Programm zum Ausdruck kommen.

Bürgermeister Gerhards, Vehta: Grundsätzlich haben wir denselben Gedanken. Einzelheiten des Programms festzulegen, ist schwer. Ich schlage deshalb vor, einem Ausschuss die Ausarbeitung des Programms zu übertragen. Dann wollen wir wieder zusammen kommen. Irgend welche Unterschiede in den Ständen können wir nicht machen. Die soziale Frage liegt uns sehr am Herzen. Es wird unsere Hauptaufgabe sein, sozial zu wirken. Das ist auch christlich.

Ist auch demokratisch. Wir müssen uns dem gegründeten Block anschliessen. Lassen Sie uns die Partei gründen und dann den Arbeitsausschuss wählen.

Es folgt sodann die Abstimmung.

Es wird einstimmig beschlossen, die christlich-demokratische Partei zu gründen.

Der Ausschuss besteht aus Vorschlag aus der Versammlung aus folgenden Personen: Landrat Dr. Siemer, Bürgermeister Gerhardt, Rechtsanwalt Dr. Reinke, Varelmann, Lehne, Themann, Vechta, Stud.Rat Kraemer, Vechta, Bürgermeister Dr. Egbring, Goldenstedt, Bauer Knollenberg, Neuenkirchen,

Vatterott, Vechta; Ich schlage als Vorsitzenden Landrat Dr. Siemer, Vechta, vor.

Landrat Dr. Siemer, Vechta, übernimmt den Vorsitz und führt aus:

Ich danke für Ihr Vertrauen. Ich nehme den Vorsitz an. Ich tue das zunächst vorläufig. Wir müssen eine grosse Partei haben, gegen die sämtliche Anstürme abprallen. Die Gemeindevertreter, die in den Gemeinderat gewählt werden, sind ihre ausführenden Organe. Was wir erstreben, ist die Reinigung des öffentlichen Lebens von allen nationalsozialistisch-militärischen Strömungen. Die Vertrauensmänner der Gemeinde haben es in der Hand, die richtigen Männer in den Kreistag zu schicken, ebenso in den Landtag. Die Zeit ist vorbei zu reden! Wir wollen ein soziales Programm aufstellen. Wir wollen den Begriff "Eigentum" festlegen. Eigentum verpflichtet! Ich übernehme das Amt des Vorsitzenden in der Überzeugung, dass der Kreis Vechta geschlossen hinter unsere Idee steht. Dass er dahintersteht, weil er weiss, dass heute eine soziale Ordnung aufgerichtet werden muss, die jedem gerecht wird. Wenn Sie mit mir arbeiten wollen, dann bitte ich Sie; gründen Sie in Ihrer Gemeinde die Ausschüsse, die Gemeindegruppen, die notwendig sind, um über die Gemeinde hinaus die Verankerung zu finden. Ich hoffe, dass alle nicht mehr reden, sondern mittun und arbeiten. Wenn wir das tun, werden wir der Probleme Herr werden! Dann werden wir auch dem Flüchtlingsproblem gerecht werden.. Das ist a.Zt. das Wichtigste. Dann, wenn noch 20 000 Flüchtlinge in unseren Kreis kommen, dann vergessen Sie nicht, sich christlich-demokratisch zu verhalten. Sie müssen den Armen helfen und sie nicht vor die Tür setzen. Es sind unsere deutschen Mitmenschen. Ich muss verlangen, dass Sie den fremden Menschen helfen. Tun Sie etwas für Sie. Es wird sich lohnen. Und der Herrgott wird es lohnen. Ich appelliere an Sie! Unsere erste Tat soll sein: Eine weitgehendste Hilfe für die Armen der Armen!

Bürgermeister Zerhusen, Lehne dankt dem Redner für seine begeisterten und von der Versammlung mit grossem Beifall aufgenommenen Ausführungen, und schliesst darauf die Versammlung.

Vatterott
mit mir Parteivollmacht
beauftragt.

Aufruf der christlichen Volksvereinigung
des Rheingaus
Rüdesheim, September 1945

Aufruf

zur Bildung einer christlichen Volks-Vereinigung des Rheingaaues.

Die Stunde für den Zusammenschluß aller christlichen Kräfte ist gekommen.

Die Militärregierung hat nun die Bildung von Parteien in den Bereichen der Stadt- und Landkreise genehmigt. Die Unterzeichneten wollen **alle** im Rheingaukreise beheimateten **wahlfähigen Männer und Frauen**, die gewillt sind, nach christlichen Grundsätzen ein demokratisches Deutschland wieder aufzubauen, in einer christlichen Volksvereinigung des Rheingaaues zusammen schließen.

Eine der Aufgaben dieser Vereinigung wird die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in den Gemeinden und im Kreise sein. Daher sollen zunächst in allen Gemeinden **Ortsausschüsse** der Vereinigung aus geeigneten Persönlichkeiten der verschiedenen Berufsstände gebildet werden. Diese Ortsausschüsse wählen sich Vorsitzende, die je nach Bedarf in ihren Gemeinden Wählerversammlungen abhalten.

Aus den Vorsitzenden und weiteren Vertretern der Ortsausschüsse ist dann alsbald ein **Kreisvorstand** zu bilden, der sich einen Kreisvorsitzenden und einen Stellvertreter wählt.

Wir geben folgende Richtlinien:

Unsere Kandidaten müssen dafür Gewähr bieten, daß sie jederzeit in der Gemeindeverwaltung oder in der Kreisverwaltung für eine christliche, soziale, volksverbundene und eine echte Demokratie anstrebende Politik eintreten, die Menschenwürde und Rechtsordnung achtet.

Gemäß den Bestimmungen der Militärregierung kann Niemand Mitglied eines Ortsausschusses oder des Kreisvorstandes sein, der Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen war oder dieselbe in irgend einer Weise gefördert hat. Dasselbe gilt für alle Kandidaten, die demnächst zur Wahl zu stellen sind.

Mit den übrigen Parteien ist Zusammenarbeit zur friedlichen Erneuerung Deutschlands und zur baldmöglichen Linderung der allgemeinen Not zu suchen. Nicht mit Haß und Rachsucht und in kleinlicher Intoleranz wollen wir beginnen, sondern im Geiste christlicher Nächstenliebe und Gerechtigkeit wollen wir unser Bestes einsetzen.

Ein vernünftiger Gebrauch der uns von der Militärregierung zugebilligten Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit soll unser Bestreben sein.

Sobald der christlichen Volksvereinigung des Rheingaaues der Zusammenschluß mit gleichgesinnten Nachbarkreisvereinigungen erlaubt ist, werden entsprechende Verhandlungen einsetzen und wird ein gemeinsames **Parteiprogramm** veröffentlicht werden.

Wir möchten nur schon jetzt erklären, daß wir eine **christliche Erziehung** unter Beachtung des Elternrechtes und als Voraussetzung dazu die Ausbildung der Lehrkräfte in konfessionellen Lehrerbildungsanstalten erstreben.

Hinsichtlich der Neuordnung unseres Wirtschafts- und Soziallebens fordern wir unter anderem: Aufrechterhaltung des **Privateigentumes**, **Schutz und Förderung der Privatinitiative**, **staatliche Kontrolle der großen Betriebe**, Förderung des Handwerks und des gewerblichen Mittelstandes, angemessene **gesetzliche Mindestlöhne** und weiterer Ausbau der Sozialversicherung, endlich **berufsständische** sich selbst verwaltende **Körperschaften**, die die unselige Aufspaltung in Klassen verhindern sollen.

Die Neuschaffung von **Wohnraum** muß die dringlichste Aufgabe der Gemeinden sein.

Die ungeheueren **Kriegslasten** müssen von **allen anteilmäßig** getragen werden.

Größte **Sparsamkeit** und Vereinfachung der **öffentlichen Verwaltung** muß erzielt werden. Dabei ist jede Unterstützung der amtlichen Fürsorge durch das Wiederaufleben **freiwilliger charitativer** Organisationen dankbarst zu begrüßen.

Und nun an die Arbeit!

Auf den Trümmern einer erschütternden Vergangenheit wollen wir neu aufbauen. Aus den geistigen Kräften des Christentums, die unerschöpflich sind, wollen wir mit den **Heimgekehrten** dieses unglückseligen Krieges den Rahmen für eine glücklichere Zukunft schaffen.

Unsere Stärke ist Gott, unsere Aufgabe ist Deutschland!

Im September 1945.

Dr. Faust-Rüdesheim, Anna Glock-Rüdesheim, Dr. Haibach-Eltville, Franz Josef Klein-Raenthal, Graf Matuschka-Greifenclau-Vollrads, Jacob Schönwetter-Winkel, Dr. Schramm-Johannisberg, Hans Wagner-Johannisberg als verantwortliche Begründer der Vereinigung.

Ihre Zustimmung zur Begründung der Vereinigung erklärten bereits:

Eibingen: Josef Fendel; **Eltville:** Gräfin Eitz, Josef Gros, Valentin Grundel, Margarethe Maulhart, Käthe Schmitt, Phil. Schott, Georg Thomas I.; **Erbach:** Wilh. Blank, Andreas Kauter, Heinrich Lebert, Irene Mayer; **Geisenheim:** Anton Edel, Karl Renz, Dr. Wucherpfennig; **Hallgarten:** Bernhard Engelmann, Georg Kurz, Dr. Werthmann; **Hattenheim:** Adam Ettingshausen, Jacob Ettingshausen, Jacob Berg, Christian Gersler; **Johannisberg:** Georg Boos, Frau Erbslöb, Labonte; **Kiedrich:** Josef Bellinghausen, Josef Bibo, Willi Bibo, Dr. Schwed, Dr. Weil; **Lorch:** Jacob Diehl, Edmund Pnischek, Nicolaus Keiper, Johann Zell; **Lorchhausen:** Ludwig Augstein, Ludwig Pohl; **Martinthal:** Johann Haas; **Mittelheim:** Felix Kleinhenz, Kaspar Ottes; **Niederwalluf:** Georg Kaiser, Hans Klee, Hermann Rues, Jacob Tiefel; **Oberwalluf:** Helene Frank, Franz Grundel, Christian Post; **Oestrich:** Johann Leonhard Eser, Adam Pauly, Josef Spreitzer, Johann Wilhelm; **Presberg:** Johann Keiper; **Raenthal:** Josef Dahm, Christian Müller, Adam Scharbag, Josef Schneider; **Rüdesheim:** Wilhelm Breithaupt, Dr. Nordmann; **Stephanshausen:** Franz Lietz, Heinrich Lietz; **Winkel:** Peter Josef Hubrath, Norbert Schiffer, Balthasar Schmitt.

Gründungsprotokoll
der Christlich-Demokratischen Partei
Hamburg, 1. Oktober 1945

Niederschrift der Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Partei zu Hamburg am Montag, den 1. Okt. 1945.

Ort: Hamburg, Hochallee 44 bei Dr. Beissel. / Zeit: 16,30 Uhr.

Die auf der anliegenden Anwesenheitsliste - Anlage 1 - verzeichneten 28 Personen beschliessen, auf Grund der beigefügten Satzung (Anlage 2) und des beigefügten Programms (Anlage 3), als nicht rechtsfähigen Verein die Christlich-Demokratische Partei zu Hamburg zu gründen.

Die genannten 28 Personen bilden die Gründungsversammlung als erste Mitglieder der Partei. Ein formularmässiger Aufnahmeantrag soll nachträglich dem zu bildenden Aufnahmeausschuss eingereicht werden.

Es wird beschlossen, den Beirat, welcher aus bis zu 60 Beiratsmitgliedern bestehen kann, zunächst nicht in voller Zahl zu wählen. Aus dem Kreise der Anwesenden werden nacheinander folgende 24 Personen zu Beiratsmitgliedern gewählt:

von Canstein, Beckermann, Frl. Gröwel, Robert Haarmeyer, Kühl, Hansch, Mainusch, Link, Beyrich, Frl. Schmidt-Oesfeld, Lübbers, Kühn, Brübeck, Frau Dertinger, Peters, von Poll, Hopmann, Götz, Beissel sen., Möller, Heyn, Ruppert, Schmoll, Hundt

Dem aus 24 Personen bestehenden Beirat wird das Recht übertragen, bis zu 15 weitere Beiratsmitglieder von sich aus zu berufen. Die zu Berufenden müssen in die Partei aufgenommen sein und es kommen in erster Linie in Betracht:

✓ Knabl, ✓ Kulenkampff, Degkwitz jun., Speckbötzel, Clemens, Ludwig, Frau Haas, Frl. Vermeiren, Lange, Frau von Harder, Frau Westphal, Frl. von Brandenstein, Mitte, Barca, Rütten, Merck, Lingen.

999=====999

Der aus 24 Personen bestehende Beirat beschliesst, den Vorstand, welcher aus bis zu 11 Vorstandsmitgliedern bestehen kann, zunächst nicht in voller Zahl zu wählen. Die Frage des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden soll zunächst offen bleiben. Es wird ferner beschlossen, dass die Vorstandsmitglieder nicht Mitglieder der NSDAP oder von Gliederungen der NSDAP gewesen sein sollen (einstimmiger Beschluss) und dass von insgesamt 11 Vorstandsmitgliedern höchstens 3 katholischen Bekenntnisses sein sollen (Beschluss einer relativen Mehrheit von 10 Stimmen).

Bei Stimmenthaltung der Gewählten werden folgende Personen einstimmig zu Vorstandsmitgliedern gewählt:

Beyrich, Link, Frl. Gröwel, Götz.

Es wird festgestellt, dass die Gewählten damit aus dem Beirat ausscheiden. Beyrich wird gebeten und erklärt sich bereit, vorläufig

die Geschäfte des Vorsitzenden des Vorstandes wahrzunehmen. In dieser Eigenschaft beruft er als ersten Aufnahmecommissar Link, Frl. Gröwel, Götz. Ein bevollmächtigter Geschäftsführer soll zunächst nicht bestellt werden, jedoch erklärt sich auf Bitten des Beirates und Vorstandes Ruppert bereit, den Vorstand vorläufig bei der Geschäftsführung zu unterstützen.

Der Beirat beschliesst, weitere Vorstandsmitglieder demnächst aus dem Kreise abwesender Freunde der Partei zu wählen, unter der Voraussetzung, dass die Gewählten vorher in die Partei aufgenommen sind. Dabei soll herantreten werden an folgende Personen: de Chapeaurouge, Kulenkampff, Speckbötzel.

Ende der Sitzungen 20,15 Uhr.

Franz Langgärtel

als mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vorsitzenden des Vorstandes beauftragt.

D. H. Müller

als von der Gründungsversammlung mit ihrer Leitung beauftragt.

X

Registrierung der
Christlich-Demokratischen Union,
Landesverband Brandenburg, 16. Oktober 1945

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
Landesverband Brandenburg

16. Oktober

Gr/Ki

An die
Kommandantur in der Provinz Brandenburg
P o t s d a m

Auf Grund der am 11. Juli 1945 von der Russischen
Zentralkommandantur durch Herrn Generalmajor Barinow laut
Befehl Nr. 2 des Oberbefehlshabers der Sowjetischen Besat-
zungsarmee, Marschall der Sowjet-Union Shukow, ausgespro-
chenen Zulassung und Registrierung der Christlich-Demo-
kratischen Union Deutschlands für das gesamte sowjetische
Okkupationsgebiet bitten wir hiermit um

Registrierung der Christlich-Demokratischen Union
Deutschlands in der gesamten Provinz Brandenburg und
in allen in der Provinz Brandenburg liegenden Stadt-
und Landkreisen
sowie um Genehmigung zur Bildung von Ortgruppen in
allen Stadt- und Landgemeinden der Provinz.

Mitglieder des Vorstandes des Landesverbandes
Brandenburg sind:

Dr. Wilhelm Wolf, Potsdam, Sedanstrasse 8,
als Vorsitzender
Ottmar Fessler, Potsdam, Metzstrasse 24,
als stellv. Vorsitzender
Dr. Otto Stegemann, Potsdam-Babelsberg, Schützendamm 11
Karl Grobbel, Wilhelmshagen, Frankenbergstrasse 6.



CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS
Landesverband Brandenburg

Gr *sen. Wolf*

Rundschreiben der
Christlich-Demokratischen Partei Westfalens
Brakel, Oktober 1945

Liebe Freunde!

Ein Unglück von ungeheurem Ausmaß ist über unser Volk hereingebrochen. Es sind Aufgaben zu meistern, wie nie zuvor. Wir wissen noch nicht, ob wir die Schwierigkeiten zu überwinden in der Lage sind. Wir wissen aber, daß alle Kräfte zusammengefaßt werden müssen, um aus der größten Not überhaupt herauszukommen. Je schwerer der Aufbau ist, um so mehr müssen die unvergleichlichen Werte und Kräfte des Christentums im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben unseres Volkes zum Einsatz gebracht werden. Die letzten 12 Jahre der Verfolgung haben alle, die gewillt sind, die Gebote Gottes anzuerkennen, zusammengeführt. Deshalb ist in Köln für das Rheinland und in Bochum für Westfalen am 2. September in erhebenden und großen Kundgebungen von katholischen und evangelischen Christen die Christlich-demokratische Partei gegründet worden.

Einige wohlmeinende Freunde aus der früheren Zentrumsparlei wollen nun trotzdem die alte Partei wieder ins Leben rufen. Der Name Zentrum ist so vielen alten Freunden lieb und vertraut, umschließt für so viele alte Freunde Kampf, Arbeit und Erfolg, daß ohne die notwendige Aufklärung es an vielen Orten leicht sein wird, den nie vergessenen Zentrumsgedanken auch organisatorisch wieder zu beleben.

Die Zentrumsparlei war zwar stets eine politische Partei, sie hat immer danach gestrebt, das christliche Volk in Deutschland zu erfassen. In Wirklichkeit aber war sie nur die politische Vertretung der deutschen Katholiken und erfaßte diese durchaus nicht ganz. Ihre Verdienste im Kampf für die religiöse Freiheit und gegen den Umsturz werden unvergessen bleiben. Wir werden diese Tradition als ein heiliges Vermächtnis betrachten. Wer jedoch glaubt, der katholischen Kirche mit der Neugründung des Zentrums einen Dienst zu erweisen, befindet sich im Irrtum. Ein neues Zentrum würde neben der Christlich-demokratischen Partei eine aus einem kleinen Teil des katholischen Volksteils zusammengesetzte Splitterparlei sein. Wir wissen, daß die maßgebenden Stellen der Kirche eine solche, zudem rein konfessionelle Partei nicht wünschen.

Die Erfolge des Zentrums beruhen besonders auf seiner Mittelstellung in den Parlamenten. Wir stehen jetzt völlig anderen politischen Verhältnissen gegenüber. Nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern auch aus politischer Klugheit müssen wir in einer großen christlichen Volkspartei zusammenstehen. Die Ideale der Zentrumsparlei werden auch in der Christlich-demokratischen Partei lebendig sein. Dafür bürgt die Führung dieser neuen Partei, in der Männer und Frauen vertreten sind, die zum großen Teil ihr ganzes Leben lang für die Zentrumsparlei und in der Zentrumsparlei gearbeitet haben. Zum Vorstand in Westfalen gehören folgende bekannte Zentrumsleute: Gronowski, z. Z. Neuenbeken bei Paderborn, Gilsing, Bochum, Frau Helene Weber, z. Z. Werl, Frau Elisabeth Zilkken, z. Z. Salzkotten, Schmelzer, Altenhundem, Bornefeld-Ellmann, Wadersloh, Lensing, Dortmund, Schrage, Olpe, Heeke, Emsdetten, und andere mehr.

Es ist tief bedauerlich, wenn jetzt aus Gründen und Befürchtungen, die auch von uns beachtet, die aber nicht als entscheidend angesehen wurden, die alte Zentrumsparlei neu gegründet werden soll, nachdem weiteste Kreise aus unserem alten Lager, sowie weite bedeutsame Kreise der demokratisch und sozial eingestellten Evangelischen nach reiflicher Ueberlegung und aus voller Ueberzeugung in einer großen christlichen Volkspartei gemeinsam den schweren Kampf zur Rettung unseres zerstörten Vaterlandes aufnehmen wollen.

Wir wollen nicht nur die alte treue Gefolgschaft des Zentrums, sondern alle christlich Denkenden, die den Nationalsozialismus entschieden ablehnen oder ihn schon lange überwunden haben, sowie vor allem auch die junge Generation zusammenfassen. Die christliche und demokratische Ueberzeugung ist Fundament, Richtschnur und Abgrenzung dieser Partei.

Sowohl in der Vertretung der christlichen Grundsätze wie in den sozialen Fragen, sind wir als Christen einig. Den Klassenkampf lehnen wir als unchristlich und unvernünftig ab. Mit christlichem Opfermut und christlicher Entschiedenheit werden wir dahin streben, eine gerechte und soziale Ordnung trotz aller Not aufzubauen. Niemand braucht zu befürchten, daß die Reaktion in unseren Reihen Eingang findet. Wir werden wachsen sein, daß keine Elemente des Rechtsradikalismus sich einschleichen, die nichts bei uns zu suchen haben, und die niemals und auf keinem Wege wieder zu Macht und Einfluß kommen dürfen. Der große Gedanke der Zusammenarbeit in der Christlich-demokratischen Partei, aus der Not unseres Volkes und aus der Liebe zu unserm Volke geboren, darf nicht in kleinem Streit um das Zentrum geschmälert werden. Es gibt Wichtigeres zu tun. Schwere, gefahrenvolle Zeiten und harte Kämpfe — härter vielleicht noch als in der Vergangenheit — stehen uns bevor. Deshalb keine Zersplitterung! Bei den Vorbereitungen ist immer wieder, auch von denen, die jetzt die Neugründung des Zentrums ins Werk setzen wollen, mit aller Eindringlichkeit betont worden, daß die Einigkeit gewahrt werden müsse. Mögen unsere Freunde uns helfen, eine umfassende, große, eine christliche Volkspartei aufzubauen!

In dieser Zeitenwende brauchen wir eine große christliche Talmgemeinschaft unter Zurückstellung alles Trennenden. Nichts ist vollkommen auf dieser Erde, und so wird es auch mit der Christlich-demokratischen Partei sein. Aber der politische Weg dieser wahren christlichen Volkspartei ist der richtige und muß gegangen werden.

Wir in Westfalen haben diesen Weg ebenso entschlossen beschritten, wie unsere Freunde im Rheinland, in der Provinz Hannover, in Berlin und in anderen Teilen Deutschlands. Als evangelische und katholische Christen haben wir uns aufrichtig die Hände gereicht um unseres Volkes willen.

Im Auftrag des vorläufigen Vorstandes der Christlich-demokratischen Partei Westfalens:

Z. Z. Brakel, Kr. Höxter, im Oktober 1945.

Dr. Kannengießer.

Um Weitergabe an interessierte Kreise wird gebeten.

Gründungsbericht der Ortsgruppe
Lübben, 7. November 1945

Im Monat September 1945 traten auf Anregung des Herrn Pastor Glöckner die Herren Konrad Lips, Lübben - Abteilungsleiter - und Gustav Drews, Lübben - Bäckermeister - zu einer Aussprache über die Gründung der Ortsgruppe der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zusammen. Sie endete damit, daß die Notwendigkeit der Schaffung eines Gegenpoles im politischen Leben des hiesigen Bezirks gegen die allzu einseitig eingestellten Maßnahmen der Behörden und Amtsstellen durch die Gründung der Ortsgruppe der von den Besatzungsmächten als offizielle Partei zugelassenen CDU einen Gründungsbeschluß reifen ließ. Herr Lips übernahm den erforderlichen Besuch beim politischen Kommandanten, um die Genehmigung zur Gründung der Ortsgruppe zu erhalten. Nach mehreren Anläufen wurde diese Genehmigung auch Anfang Oktober mit der Maßgabe erteilt, sich anschließend mit dem vorgesehenen Vorstand der Ortsgruppe und der Dolmetscherin der Kreisverwaltung, Frau Sawitzki, erneut beim Kommandanten zwecks Registrierung der Ortsgruppe einzufinden. Inzwischen stellten sich zur Mitarbeit Frl. Margarete Herrmann, Rechtsanwalt Weber und Herr Drogeriebesitzer Alfred Schröter zur Verfügung. Leider verging wiederum kostbare Zeit, ehe nach immer wiederholten Anläufen endlich am 5. November 1945 die Vorstellung und Registrierung beim politischen Kommandanten, Herrn Major Antonjuk, durchgeführt und damit die offizielle Genehmigung zur Gründung und Aufnahme der Parteilarbeit erreicht werden konnte. Nach Vorstellung der anwesenden Frl. Herrmann und Herren Lips, Drews und Weber, kam der Kommandant in liebenswürdigerweise zunächst auf Zweck und Ziele der CDU zu sprechen, um dann aufklärend die russischen Bestrebungen hervorzuheben, trotz allem Leid und Unglück, das die Hitlerleute über Russland gebracht haben, der Russe nicht Vergeltung üben will, daß er bei seiner Kultureinstellung den Deutschen entgegenkommen will, er andererseits die früheren Hitlerleute von jeder Parteilarbeit ausgeschlossen wissen will, um allen Völkern den Frieden zu bringen und auch den Grund zu neuen Kriegen zu nehmen. Er kam auf die Aufgaben hinsichtlich der Jugend zu sprechen. Er erwähnte die

Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den weiteren Parteien, er fragte nach unserer Einstellung zu Nichtchristen und strich alles in allem gesagt die Erfordernis heraus, nichts gegen Menschennatur und Menschenwürde, wie es Hitler getan hat, zu leben und zu arbeiten, sondern die politische und moralische Kraft zu beweisen, dem Frieden aller Völker zu dienen. Nach Dankesworten und Händedruck war die genehmigte Registrierung der Ortsgruppe beendet.

Auf Befragen wurde dem Kommandanten Herr Lips als Vorsitzender und die weiter anwesenden Frl. Herrmann, Herr Drews und Herr Weber als Mitglieder des Aktionsausschusses bezeichnet.

Anschliessend hat nun Herr Lips zur heutigen ersten Ortsgruppenversammlung für Mittwoch den 7. November 1945 abends 20 Uhr im Cafe Drews eingeladen.

Es wurden folgende Angelegenheiten behandelt:

1. Mitgliedermeldungen

Zur Aufnahme meldeten sich Herr Lips, Frl. Hermann, Alfred Schröter, Glückner Drews und Weber. Sie bildeten zusammen den Aktionsausschuss mit Herrn Lips als dessen Vorsitzenden. Über die weitere Behandlung der bisher vorliegenden Anmeldungen will Herr Lips an den Landesverband Berlin schreiben, um von dort den für uns zuständigen Kreisverband aufgegeben zu erhalten.

2. Die weiter angeschnittene Frage der Benennung der Neugründung, ob Orts- oder Kreisgruppe wurde dahingehend geklärt, es zunächst bei einer Ortsgruppe zu belassen, die gegebenenfalls später in eine Kreisgruppe umgewandelt werden könnte. Für die Stadt Lübben sollen für einzelne Bezirke Obmänner oder Vertrauensleute zur Mitgliederwerbung eingesetzt werden.

3. Für diesen Zweck will Her Lips vom Landesverband weitere Blöcke Eintritt smeldeformulare anfordern, damit jeder der Aktionsausschussmitglieder im Besitz eines solchen ist. In den umliegenden Dörfern soll in ähnlicher Weise die Werbetätigkeit einsetzen.

4. Herr Lips wird beim Landrat und Bürgermeister seinen Vorstellungsbesuch machen, bei letzterem auch die Freistellung eines Raumes als Parteigeschäftszimmer beantragen.
5. Die Werbung durch zwei Aushängekästen und sonstige Plakatwerbung ist ebenfalls vorgesehen. Frh. Herrmann soll sich wegen der Kästenanfertigung mit einem Tischler in Verbindung setzen.
6. Es werden verschiedene Anschriften Lübbener Einwohner aufgezeichnet, die bei Beachtung einer früheren Nichtparteizugehörigkeit für eine erste Werbung in Frage kämen. Die Versammlung wurde um 21.30 geschlossen.

gez. Unterschriften

2) Zu der am 14.11.1945 abends 19.30 Uhr festgelegten Sitzung war eingeladen. Anwesend sind 10 Personen. Erstmals auch Mitglieder der katholischen Konfession.

Es liegt eine Neuaufnahme vor, die in vorgeschriebener Form ihre Bearbeitung findet. Für den zunächst behinderten Vorsitzenden eröffnet Herr Pastor Glöckner die Versammlung. Es werden Fragen des allgemeinen Aufbaues besprochen.

Nach Erscheinen des Vorsitzenden berichtet dieser über eine am Nachmittag geführte Unterhaltung mit Herrn Dr. Althof aus Freienwalde, der hier vorübergehend anwesend ist und die Gründung der Ortsgruppe unterstützen wollte und sich zu diesem Zweck an Herrn Pfarrer Jansek gewandt habe. Durch die am 5.11.1945 erfolgte Genehmigung des Besatzungskommandanten hinsichtlich Gründung der Ortsgruppe und Aufnahme der Parteiarbeit war das von Herrn Dr. Althof geplante Vorhaben überholt. Herr Dr. Althof, der der Berliner Zentrale der Union nahesteht, auch den Vorsitzenden des Reichsverbandes Herrn Andreas Hermes persönlich kennen will, empfahl im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen eine beschleunigte Aufstellung von Kandidaten für dieselbe und Weitergabe dieser Aufstellung an den Bürgermeister der Stadt. Im übrigen will er sich in Berlin für die beeilte Abfertigung

Aufruf der christlich-demokratischen
Partei Tecklenburg
Ibbenbüren, 10. November 1945

Aufruf

an die christlich denkende Bevölkerung des Kreises Tecklenburg.

Ein Meer von Blut und Tränen, eine grauenvolle Wüste von Schutt und Trümmern liegt zwischen unseren Tagen und der Zeit vor 1933. Die Blutopfer des Krieges und des Nationalsozialismus, heldenhafte Beispiele großen Gottvertrauens, aufrechten Mutes und unerschütterlichen Freiheitswillens verpflichten zu neuen Wegen. Darum haben Männer und Frauen aller christlichen Bekenntnisse, aller Schichten, Stände und Berufe im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Volk und Staat die

Christlich-demokratische Partei

gegründet.

Neben ihr werben die KPD, die SPD und die liberal demokratische Partei um die Gunst des deutschen Volkes, und auch die Bewohner des Kreises Tecklenburg werden vielleicht schon bald vor die entscheidende Frage gestellt: „Welcher Partei wollen wir uns anschließen?“ Um darauf die richtige Antwort geben zu können, müssen wir zuvor feststellen, daß die Bewohner unseres Kreises in weit überwiegender Mehrheit christlich eingestellt sind und sich zu den beiden großen christlichen Konfessionen bekennen. Aus dieser Feststellung folgert die Forderung, auch die Belange des öffentlichen Lebens im christlichen Geiste und auf christlicher Grundlage gewahrt zu sehen. Diesem Wunsche kommt von den Parteien, die von der englischen Militärregierung zugelassen sind, nur eine entgegen, nämlich

die christlich-demokratische Partei.

Sie sammelt um ihre Fahne alle christlich denkenden Deutschen beider Konfessionen. Sie erstrebt in einem gesamtdeutschen Volksstaat die demokratische Gestaltung des politischen und sozialen Lebens im Geiste des Christentums. Nach christlichen Grundsätzen soll das Gemeinwesen geleitet, in christlichen Schulen die deutsche Jugend erzogen werden. Sie ist Gegner jeder Diktatur und jedes Rassen- und Klassenkampfes. Sie ist Förderin in der Liebe zur angestammten Heimat. Recht und Gerechtigkeit sind ihr oberstes Gesetz. Privateigentum ist ihr heilig. Sie fordert gebieterisch den sozialen Staat. Die christlich-demokratische Partei wäre also unsere Partei, der wir uns anschließen, für die wir werben müßten. Lassen wir darum von vornherein keine andere Parteibestrebungen — mag sie Zentrum oder Evangelischer Volksdienst heißen — in unseren Gemeinden Fuß fassen! Klar und bestimmt wollen wir die Fronten abstecken! Und das wenigstens wollen wir aus den zwölf Jahren der Naziherrschaft und Nazibedrückung gelernt haben, daß es im politischen Leben keine Kluft mehr geben darf zwischen Katholizismus und Protestantismus, daß wir Schulter an Schulter den Kampf führen müssen für eine Wiedererstarkung unseres Volkes und für eine gedeihliche Zusammenarbeit mit den Völkern der Welt, und daß Zersplitterung nur dem Gegner dient!

Wir wenden uns an Sie mit der Bitte, uns zu helfen beim Wiederaufbau des neuen christlichen Deutschland; uns zu helfen beim Wiederaufstieg zu Glück und Wohlergehen unserer schönen Heimat. Werden Sie Mitglied der christlich-demokratischen Partei!

Der vorbereitende Ausschuß für die
Bildung der christlich-demokratischen Partei für den Kreis Tecklenburg.

J. Mohrmann, Kaufmann. A. Buddemeyer, Webmeister. W. Stake, Lehrer. F. Maug, Bankprokurist. H. Budke, Gewerkschaftssekretär a. D. A. Segbert, Kreisbauernführer.
A. Freese, Bergmann. E. Hartig, Bauer. A. Zunkley, Bäckermeister. Clemens Wefel, Bauer.
Josef Verlemann, Bauer. Josef Dirkes, Bergmann. Karl Markmeyer, Schneidermeister,
August Wermeyer, Bergmann. Hermann Schröer, Schlosser.

Aufruf
des christlich-demokratischen Ausschusses
Elmshorn, November 1945

A u f r u f a n d i e B e v ö l k e r u n g E l m s h o r n s .

Nachdem die Militärregierung die Erlaubnis zur Bildung politischer Parteien gegeben hat sind in allen deutschen Gegenden Männer zusammengetreten um an der künftigen demokratischen Gestaltung des politischen Lebens und am Wiederaufbau unserer Heimat teilzunehmen.

Der erweiterte christlich-demokratische Ausschuss in Elmshorn ruft alle Elmshorner Männer und Frauen auf, sowie die zugezogenen Volksgenossen, die durch das Schicksal schwer geprüft sind und hier eine neue Heimat gefunden haben, die nicht aktiv teilgenommen haben an der Vergewaltigung der Freiheit, an der Unterdrückung und Mundtotmachung politisch Andersdenkender durch den Nationalsozialismus.

Es stehen aus allen früheren Parteien heute bereits Männer zusammen um die neue grosse christlich-demokratische Partei aufzubauen, die die Wähler des früheren Zentrums, des christlich-sozialen Volksdienstes, der Staats- u. Wirtschaftspartei, der Reichspartei des deutschen Mittelstandes bis zu den Deutschnationalen umfasst. Die christlich-demokratische Partei steht auf christlichem und sozialem Boden und ist überkonfessionell.

Wir treten ein

für den beschleunigten Wiederaufbau unserer Stadt für die Freiheit der privaten Initiative bei Schöpfung von neuen Wohnungen, für soziale Gerechtigkeit und weitgehende Hilfe der Kriegsbeschädigten und der vom Kriege am schwersten Betroffenen, nach dem christlichen Motto:
Einer trage des anderen Last.

Wir treten ein

für christliche Schulen,
entsprechend dem Wunsch der evangelischen und katholischen Elternschaft

für christlich-demokratische Haltung in Presse, Rundfunk und im gesamten deutschen Kulturleben

für Ausschaltung aller Lehrer und Beamten aus öffentlichen Diensten, die als Nationalsozialisten Schuld auf sich geladen haben.

Wir treten ein

für diejenigen Volksgenossen, von denen wir die Überzeugung haben, auch wenn sie Mitglieder von nationalsozialistischen Organisationen waren,

dass sie mit dem Herzen doch auf christlichen und demokratischen Boden gestanden haben.

Unterstützen werden wir

alle annehmbaren Vorschläge zur Sicherung der Ernährungsgrundlage der Bevölkerung sowie zur Behebung einer kommenden Arbeitslosigkeit.

Wir sind bereit

zur kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei, von denen wir glauben, dass sie als deutsche Demokraten den gleichen Willen zum Wiederaufbau unserer Heimat haben.

Wir treten ein

für die Erhaltung des Privateigentums

wir unterstützen

die Bestrebungen der Sozialisierung des Groszkapitals soweit es schädigend für das Gemeinwohl ist

Wir wollen

bei kommenden Gemeindevahlen in Elmshorn Männer ins Stadtparlament schicken, die aus allen Kreisen der Bevölkerung kommen, stadtbekannt sind und deren Namen einen guten Klang haben, Männer die unbelastet sind vom Nationalsozialismus.

Wir stellen bewusst das Bekenntnis zu einer anständigen christlichen Grundhaltung voran; denn hier stehen wir auf dem Boden einer zweitausendjährigen Kultur, die der gesamten Abendland ihren Stempel aufgedrückt hat. Das Bekenntnis zur christlichen Kultur ist Kernstück unserer Haltung. Die Werte des Christentums werden auch in kommenden Jahrhunderten alle Parteien, Wirtschaftsformen und politischen Einrichtungen überdauern. Das Beispiel Hitlers zeigt: Wer christentumsfeindlich ist verbricht daran. Evangelische Menschen und Katholiken haben gemeinsam gegen den Nationalsozialismus im Kampf gestanden um religiöse Freiheit aus der Überzeugung des christlichen Glaubens heraus, der letztlich Grundlage der gesamten Europäischen Kultur ist. Alle Begriffe von Gut und Böse, von Recht und Unrecht, Wahrheit und Lüge finden ihr Fundament im Christentum. Der soziale Gedanke heute von allen politischen Parteien benutzt, ist von Haus aus das christliche Gebot der Nächstenliebe.

Deshalb rufen wir die Elmshorner Bevölkerung auf, Männer und Frauen, die bejahend auf dem Boden unserer zweitausendjährigen christlichen Kultur stehen,

Evangelische und Katholiken und Mitglieder anderer christlicher Vereinigungen

Männer aus Handel, Handwerk und Gewerbe,

Arbeiter und Bauern, Angestellte und Beamte,

Männer und Frauen, die bei der SPD und KPD keine politische Heimat finden,

in erster Linie Männer und Frauen, die keine Parteigenossen bei den Nationalsozialisten wurden

Wir rufen Männer und Frauen und die Elmshorner Jugend auf,
nicht tatenlos zu Hause zu sitzen wenn es um das Wohl unserer
Stadt geht. Es geht nicht an, tatenlos zuzuschauen.
Die besten Kräfte sollen nicht abseitsstehen.
Gerade jetzt darf es keine Feigheit geben, - in schwerster Stunde
unseres Volkes abseits zu stehen und hinter dem Ofen zu sitzen.
Wir brauchen alte und junge Männer mit Civilcourage.

Meldet Euch bei den Unterzeichneten,

sprecht Euch mit ihnen aus über Eure Sorgen Bedenken und Nöte
dass Klarheit werde in dem Fragen um die Zukunft der politischen
Gestaltung unserer Stadt

Lasst uns zusammentreten!

Die grosse kommende

christlich - demokratische
Einheitsfront

aller Volkskreise zu schaffen, die guten Willens sind
unserer Heimat und dem Vaterlande zu helfen.

König

Brief der Christlich Demokratischen Partei
des Rheinlandes
Köln, November 1945

7

Christlich Demokratische Partei des Rheinlandes

Offener Brief

an alle katholischen Männer und Frauen
des Rheinlandes!

Als im September 1945 auch im Rheinland Katholiken und evangelische Christen sich zur Christlich Demokratischen Partei zusammenschlossen, war dies eine politische Tat, bedeutete Erfüllung der Sehnsucht der Besten unseres Volkes.

Auch die Hoffnung der Gründer der alten Zentrumspartei sollte sich jetzt endlich erfüllen: **Gläubige Christen der verschiedenen Bekenntnisse einig im politischen Kampf um die Erhaltung alles dessen, was ihnen heilig und teuer ist.** Kein Geringerer als der große Zentrumsführer Ludwig Windthorst hat schon am 17. August 1872 in Papenburg seinen Wählern zugerufen:

„... wir müssen im Auge behalten, daß wir die Partei, sobald es geschehen kann, ausdehnen auf alle christlichen Bekenntnisse. Ich habe die Überzeugung, daß der Kampf an dem Tage ein für alle Mal beendet sein wird, wo alle positiv gläubigen Christen in vereinter Kraft dem Unglauben gegenüberstehen. **Wir bilden nur die ersten Anfänge: wir wollen hoffen, daß die Brüder anderer Bekenntnisse von positiver Richtung sich uns anschließen.**“

Das ist nur ein Beispiel für die zahllosen Erklärungen der früheren Zentrumspartei, die niemals eine auf den katholischen Volksteil beschränkte Partei hat sein wollen, aber im Kulturkampf dazu wider Willen geworden ist und niemals in der Lage war, diesen Charakter abzustreifen.

Mochte das alte Zentrum noch so oft seine Tore öffnen und die Evangelischen zum Eintritt und Anschluß aufrufen: sie kamen nicht. Das Zentrum war außerstande, zur Abwehr des Ansturms der unchristlichen und antichristlichen Elemente die Basis abzugeben für eine gemeinsame Abwehr aller gläubigen Christen in einer politischen Einheitsfront.

Diese eng geschlossene und festgefügte Einheitsfront aber benötigen wir heute dringlicher denn je.

Die alten Parteigebilde sind untergegangen. Wer weiß, ob die Vorsehung uns noch einmal Gelegenheit geben wird, von Grund auf Neues zu gestalten!

Gemeinsam sind wir, Katholiken und Evangelische, verfolgt und unterdrückt worden, gemeinsam haben wir gelitten und ausgeharrt, haben auf den Tag gewartet, wo wir aus der Geschichte lernend und die Zeichen der Zeit erkennend gemeinsam an den neuen Aufbau zu gehen vermöchten. Jetzt haben wir uns die Hand gereicht zu gemeinsamem Wirken. **Wer jetzt wieder spaltet, ladet eine ungeheure Verantwortung auf sich!** Steht es doch unbestritten fest, daß Krieg und Nazi-Herrschaft der Entchristlichung Deutschlands zu großen Fortschritten auf allen Gebieten des staatlichen und kulturellen Lebens verholfen haben. Die unchristlichen Mächte aber stehen bereit und schicken sich an, die Ernte aus dieser Saat in ihre eigenen Scheuern einzufahren.

Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Basis der alten Zentrums-
partei künftig noch viel schmaler wäre als vor 1933. Das jetzt neu gegründete sogenannte Soester Zentrum ist zwar ganz und gar nicht das Zentrum Windthorsts, aber es ist schließlich Sache der Parteigründer, daß sie jetzt und immerdar ihre Kraft und ihre Zeit werden aufbrauchen müssen in der Verteidigung alles dessen, was das alte Zentrum wirklich oder angeblich falsch gemacht hat. Uns interessiert hier ganz etwas anderes:

Die Parteigründer von Soest appellieren an Tradition und an Gefühle, die auch wir achten. Aber sie vergessen, daß sich seit der Selbstauflösung des alten Zentrums in Deutschland sehr vieles geändert hat.

Die katholische Jugend schaut in die Zukunft, die Vergangenheit ist ihr fern und fremd. Sie verwahrt sich entschieden dagegen, daß sie nun etwa unter der Flagge eines neuen Zentrums gewissermaßen politisch in ein Ghetto geführt werden soll.

Das neue sogenannte Zentrum aber wird, ob es will oder nicht, eine kleine Partei von Katholiken bleiben, die sich abkapseln und keinen Einfluß haben können auf den Gang der politischen Entwicklung.

Schließlich sollte es auch einiges zu denken geben, wenn zahlreiche weithin bekannte Führer der früheren Zentrums-
partei sich völlig unabhängig voneinander in den verschiedensten Teilen Deutschlands übereinstimmend dazu bekennen, daß etwas Neues auf politischem Gebiet geschaffen werden muß, daß es keinen Wert hat, wieder ein Zentrum zu gründen.

Allenthalben ist die christlich-demokratische Bewegung in Fluß gekommen, wenn auch in den verschiedenen Besatzungszonen vorerst noch unter verschiedenen Namen.

Alt-Reichskanzler Wilhelm Marx bejaht das Programm der CDP und bedauert und verurteilt jeden Spaltungsversuch. Allenthalben stehen in unseren Reihen weithin bekannte Männer und Frauen aus dem alten Zentrum einmütig zusammen mit den jetzt mit ihnen vereinten Kräften aus anderen Lagern. Wir nennen hier und heute nur die Namen **Albers, Blum, Esser, Gronowski, Hermes, Kaiser, Köhler, Krone, Lensing, Mönnig, Schwing, Stegerwald, Frl. Teusch, Vockel, Frl. Weber.**

Auch kein Geringerer als **Dr. Heinrich Brüning** hat seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, daß nach allem, was geschehen ist, das Zentrum nicht wieder erscheinen könne.

Katholische Männer und Frauen, Arbeiter, Bauern und Handwerker, Gewerbetreibende und Beamte stehen mit gläubigen evangelischen Menschen in der Christlich Demokratischen Partei einhellig zusammen in der Abwehr der politischen und sozialen Reaktion, kämpfen gemeinsam um die Überwindung und Ausmerzung der Schäden, die der Nationalsozialismus verursacht hat.

Viele schlichte Menschen haben uns in diesen Tagen immer wieder ihrer tiefen Besorgnis versichert, daß diejenigen, welche berufen schienen, zu einigen und das christliche Volk mutig und mit offenem Visier unter klaren Parolen in den Kampf zu führen, statt dessen in völliger Verkennung der Lage sich um den Parteinamen oder auch um Parteiämter zu streiten schienen.

Man täusche sich nicht: Der kleine Mann fühlt es sehr wohl, daß die Gründer des sogenannten Soester Zentrums ihn recht gering einschätzen. Sie erachten offenbar den gesamten katholischen Volksteil als nicht reif zur gemeinsamen politischen Arbeit mit andersgläubigen Christen. Sie sagen, es sei ja so viel leichter, den katholischen Volksteil erneut unter dem Namen des alten Zentrums politisch zu organisieren, anstatt bewußt neue Wege zu gehen und **was Großes zu wagen.**

Wir indessen sind bereit, das Wagnis zu übernehmen, den ehrlichen, ernsthaften Versuch zu machen der politischen Zusammenarbeit aller gläubigen Christen im Rahmen der Christlich Demokratischen Partei. **In der Tat sind jetzt schon allenthalben beachtliche Gruppen von Nichtkatholiken zu uns gestoßen, gemeinsam mit uns bejahen sie die Einleitungsworte unseres Parteiprogramms:**

**„Gott ist der Herr der Geschichte und der Völker,
Christus die Kraft und das Gesetz unseres Lebens.“**

Die christliche Schule ist in höchster Gefahr! Wir werden jeden christlichen Mann und jede christliche Frau unbedingt notwendig haben, wenn wir die Entchristlichung und Entsittlichung des öffentlichen Lebens in unserem Vaterland wieder beseitigen, wenn wir den 10 Geboten wieder Achtung verschaffen und damit zugleich den Kampf für eine soziale Neuordnung erfolgreich bestehen wollen!

Noch ist es Zeit, den Spalt in der christlichen Front zu überbrücken. Noch kann großes Unglück verhindert werden!

Wir lassen uns nicht beirren, die Christlich Demokratische Partei geht ihren Weg. Sie würde es bedauern, wenn sie die Klinge kreuzen müßte mit Persönlichkeiten, welche eigentlich in ihren eigenen Reihen stehen müßten. Wenn es sein muß, wird sie den Kampf aufnehmen, weil sie nicht zum Verräter werden darf an ihrem Ziel und an ihren Aufgaben:

**Durch Einigkeit und Geschlossenheit wollen die gläubigen
Christen im neuen Deutschland ihren Platz behaupten.**

Sagen Sie es allen denen, die jetzt fragen, was nun werden soll angesichts der Soester Parteigründung:

**Die Christlich Demokratische Partei hofft auf die Einsicht
aller, die guten Willens sind, sie verdoppelt ihre Anstren-
gungen zur Schaffung einer allumfassenden wahrhaften
christlichen Volkspartei!**

Köln, im November 1945.

gez. Dr. Hans Schreiber
Landesgeschäftsführer

Flugblatt der
Christlich-Demokratischen Partei
Frankfurt am Main, November 1945

Die **Christlich-Demokratische Partei** **ruft das werktätige Volk!**

Unser Sozialismus

schützt Euch vor Freibeutertum jeder Art. Nur ein System planvoller Wirtschaftslenkung schafft zukünftig dem werktätigen Volk einen angemessenen Lebensstandard. Wir wollen den verarmten und besitzlosen Schichten zu neuem Eigentum verhelfen, weil nur so das soziale Elend unserer Familien überwunden wird. Unsere Zeit erfordert große Gemeinschaftslösungen.

Unser politisches Bekenntnis

ist in den **Frankfurter Leitsätzen** ausgesprochen. Wir sind keine Kirchenpartei, sondern die große Partei der aufbauwilligen Christen und Demokraten **aller** Bekenntnisse. Die von unsrem Glauben getragene Hilfsbereitschaft stellen wir tatkräftig in den Dienst an unserem niedergebrochenen Volk.

Unser Wille zur Zusammenarbeit

Wir stärken die antifaschistische und antimilitaristische Front. Wir sind bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die sich ohne offene oder versteckte Vorbehalte zur Demokratie bekennen und jede Diktatur ablehnen. Fort mit den Parolen des Klassenkampfes, die noch in den Köpfen spuken! Die Not der Stunde gebietet die **Einheit der Werktätigen aller Stände.**

Die neue Zeit ist mit uns!

Meldet Euch in Die Christlich-Demokratische Partei

Geschäftsstelle: Frankfurt a. M., Blumenstraße 3

10

Leitsätze der christlich-sozialen Volkspartei
Backnang, 3. Januar 1946

Beise

Was will die christlich-soziale Volkspartei?

Leitsätze der christlich-sozialen Volkspartei Kreisgruppe Backnang

Durch die Politik der Gewaltherrscher der vergangenen Epoche wurde Deutschland in einen Krieg und damit in ein Unglück gestürzt, wie es in der deutschen Geschichte einen Niedergang bisher nicht gegeben hat.

Wir stehen heute vor einem Chaos auf wirtschaftlichem, politischem und sittlichem Gebiet, vor einem Trümmerhaufen ethischer und materieller Werte.

Aus diesem Zustand kann uns nur eine ehrliche Besinnung auf die christlichen Lebenswerte retten, die unser deutsches Volk dereinst groß und angesehen machen unter den Völkern der Erde. Deshalb wollen wir zum gemeinsamen Aufbau unseres schwer heimgesuchten Heimatlandes alles Trennende beiseite stellen und uns besinnen auf das, was uns eint: Die christliche Heilswahrheit und die Sorge um unser Deutschland. So soll fortan nach dem christlichen Lebensprinzip die Einzelpersönlichkeit und die Gemeinschaft (in allen ihren Stufen von der Familie bis hinauf zum Staat) die Stellung einnehmen, die ihr nach dem Willen Gottes, der im natürlichen Recht seinen Niederschlag findet, gebührt.

Nicht die Entrechtung des Einzelmenschen, nicht die Vergottung des Staates, sondern die rechte Wertung von Einzelpersönlichkeit, Familie, Berufsstand und Staat nach den Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes sollen ein für jeden Einzelnen lebenswertes Dasein und den Aufbau einer lebensfähigen, gesunden Staatsgemeinschaft garantieren. Die soziale Gerechtigkeit und die soziale Liebe sollen eine neue wahre Volksgemeinschaft aufbauen, die die gottgegebene Freiheit des Einzelnen und die Ansprüche der Gemeinschaft mit den Forderungen des Gemeinwohles zu verbinden weiß.

Wir treten ein für eine wahre, christliche und damit soziale Gesellschaftsordnung, die nichts gemein hat mit irgend welchen kollektivistischen Zielsetzungen, welche dem göttlichen Gesetz und damit auch dem Wesen des Menschen von Grund auf widersprechen.

Darum proklamieren wir in der klaren Erkenntnis, daß das wahre Heil des Menschen und auch jeder Gemeinschaft nur erreicht wird, wenn wir uns auf den Boden des christlichen Sittengesetzes (das uns vom lebendigen Gott, vor dem wir uns in Ehrfurcht beugen, offenbart wurde) stellen, folgende Leitsätze als richtungsgebend für unser politisches Handeln:

1. Der Mensch ist durch seine geistige Würde eine einmalige Persönlichkeit und wird darum als selbst verantwortliche Person, nicht als bloßer Teil einer Gemeinschaft gewertet. Darum hat jeder das Recht auf freie Ausübung seines religiösen Bekenntnisses und freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift, soweit es nicht mit den von der Gemeinschaft beschlossenen Gesetzen, die aber keine willkürliche Einschränkung der persönlichen Freiheit enthalten dürfen, in Widerspruch steht. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit wird gewährleistet.

2. Das Recht auf Privateigentum wird als eine Forderung des Naturrechts erhoben. Die Eigentumsordnung wird nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und dem Wohle der Allgemeinheit neu zu regeln sein.

3. Die Familie als die Urzelle jeglicher Gemeinschaft und die Grundlage aller sozialen Ordnung hat nach dem Naturrecht ihren eigenen Rechtsbereich, den der Staat anzuerkennen und zur eigenen Wohlfahrt zu schützen hat. Sie ist nach Luthers Wort: Quelle und Ursprung des menschlichen Geschlechtes und der staatlichen Gemeinschaft.

4. Aus der besonderen Verantwortung und Stellung der Eltern als den in erster Linie Erziehungsberechtigten ihrer Kinder entspringt das natürliche Recht zur Bestimmung der Schule und ihrer Form. Der Wille der Elternschaft ist die Grundlage für die Schule, die als Bekenntnis-(Konfession-)Schule für alle vom Staat anerkannten Religionsgemeinschaften oder als christliche Gemeinschaftsschule mit konfessionellem Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach gefordert wird. (Dem Staate obliegt hierbei lediglich die Verpflichtung, für die Ausbildung der Lehrkräfte und die Ueberwachung der Ausbildung der Lehrkräfte und die Ueberwachung der Schule — Schulzwang, Lehrpläne usw. — zu sorgen).

5. Das kulturelle Schaffen und die Betätigung der Wissenschaften muß frei sein vom staatlichen Zwang. Grundlage aller Kulturschaffenden und Wissenschaftler ist die deutsche christliche Ueberlieferung. Alle wissenschaftliche Arbeit hat der Erkenntnis der Wahrheit zu dienen, durch die unserem Volke die Augen geöffnet werden für den politischen Irrweg des Staatssozialismus, wie er auch vom Nationalsozialismus in der vergangenen Epoche beschritten wurde und für den wahren Weg, der in einer rechten Wertung von Persönlichkeit und Gemeinschaft und der Aufzeigung ihrer Rechte und Pflichten besteht. So werden Kunst und die Wissenschaft der Erziehung des deutschen Volkes dienen, damit es nie wieder einer nationalsozialistischen Ideologie, einem Militarismus und einer Diktatur zum Opfer fällt.

6. Die Gerechtigkeit ist das Fundament des Staates. Die einzige Richtschnur der freien und unabhängigen Gerichtsbarkeit ist das Gesetz, vor dem alle Menschen gleich sind.

7. Auf Grund der landschaftlichen und stammlichen Verschiedenheiten gliedert sich Deutschland in freie selbständige Länder, die in der Form eines freien demokratischen Reiches sich zusammenschließen. Der Zentralismus wird als dem deutschen Wesen nicht entsprechend abgelehnt.

8. Die überlieferte deutsche Selbstverwaltung der Gemeinden und provinziellen Verbände wird wieder hergestellt. Die Staatsverwaltung ist zu vereinfachen und wird von einem zuverlässigen Berufsbeamtentum getragen.

9. Die Energieerzeugung, der Bergbau, Eisenbahn und Post unterliegen wegen ihrer Bedeutung für das Allgemeinwohl der öffentlichen Kontrolle. Desgleichen das Bank- und Versicherungswesen.

10. Das gesamte deutsche Volk gliedert sich in Stände nach ihrer Berufszugehörigkeit. Nicht die Gegensätze einzelner Klassen gilt es hervorzuheben, sondern die gemeinsame Arbeit der verschiedenen Berufsstände; denn der Aufbau unseres schwer heimgesuchten Vaterlandes gestattet keine Klassenbildung, sondern erfordert die ganze Kraft und Zusammenarbeit aller Deutschen.

11. Das Ziel der Wirtschaft ist nicht nach der liberalistischen Denk- und Handlungsweise in dem Selbstinteresse der Wirtschaftssubjekte zu sehen, sondern die Bedarfsdeckung des Volkes ist oberster Grundsatz allen wirtschaftlichen Handelns. Deshalb wird die Vorherrschaft des Großkapitals,

der produktiellen Konzentration in privaten Monopolen und Konzernen gebrochen und statt dessen werden Mittel- und Kleinbetriebe gefördert und vermehrt.

12. Die menschliche Arbeit darf nicht als eine bloße Ware, deren Preis sich nach Angebot und Nachfrage reguliert, sondern muß als eine sittliche und personale Leistung gewertet werden. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden tariflich so geregelt, daß der erwachsene arbeitende Mensch den Lohn erhält, der ihm die Gründung und Erhaltung einer Familie ermöglicht. Bei dieser Art der Entlohnung muß jedoch den Erfordernissen der Wirtschaft Rechnung getragen werden, d. h. man darf die Entlohnung des Arbeiters nicht loslösen von einer persönlichen Leistungsfähigkeit und der wirtschaftlichen Lage der Unternehmung.

13. Das Fundament eines gesunden Volkslebens ist ein kräftiger frei schaffender Bauernstand, dessen wirtschaftliche Sicherung in Selbstverwaltung und Selbstverantwortung erreicht werden muß. Durch planmäßige Pflege aller landwirtschaftlichen Zweige ist die bäuerliche Produktionskraft zur Sicherung der Volksernährung zu fördern. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen muß weiterhin in der Form der Einkaufs-, Verkaufs- und Kreditgenossenschaft ausgebaut werden. Nicht der landwirtschaftliche Großbetrieb, der vielfach zu seiner Entfaltung der staatlichen Subvention bedurfte, sondern der bäuerliche Klein- und Mittelbetrieb ist zu stärken und durch eine großzügige Innensiedlung unter weitgehender Heranziehung des staatlichen und privaten Großgrundbesitzes die Zahl der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe zu steigern und damit den Zugang zu eigener Scholle und selbständiger Arbeit für viele Deutsche zu schaffen.

14. Für das selbständige Handwerk fordern wir den ihm gebührenden rechtlichen Schutz und erkennen es als gleichberechtigten Berufsstand neben der Landwirtschaft, Industrie und Handel an. Auch das handwerkliche Genossenschaftswesen und die handwerkliche Selbstverwaltung sind zu fördern.

15. Die soziale Gerechtigkeit erfordert: die Kriegsschäden als eine gemeinsame Last auf das ganze Volk umzulegen (Lastenausgleich). Die weggesteuerten Gewinne aus der nationalsozialistischen Konjunkturzeit und der Kriegsgewinnler können hierzu mitverwandt werden; denn diese Gewinne stellen eine schreiende Ungerechtigkeit dar im Vergleich zu denen, die durch den Krieg nur Leid und Schaden erlitten haben. Durch den Aufbau der zerstörten Dörfer und Städte und durch ein großzügiges Bauprogramm soll Wohnraum geschaffen werden für ein menschenwürdiges Leben und Wohnen aller Bevölkerungsschichten. Für die Auflockerung der Großstädte durch Stadtrand- und gesunde Außensiedlungen ist zu sorgen, wobei uns als Ziel die Schaffung von Eigenheimen mit Gärten für jede Familie vor Augen steht. (Bodenreform).

16. Die Verwaltung der staatlichen Gemeinschaft vollzieht sich auf dem Boden der Demokratie und das Parlament, als der Träger des Volkswillens, ist durch ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht zu wählen.

17. Für die Beziehungen zu anderen Völkern sollen die Grundsätze der Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung Geltung haben. Die Achtung fremden Volkstums und das treue Stehen zum gegebenen Wort sollen die Grundlage unserer Außenpolitik darstellen.

Durch die Leitsätze wollen wir wieder ein Deutschland aufbauen, das auf dem unerschütterlichen Fundament des Christentums und der abendländischen Kultur steht und in dem und für das es sich zu arbeiten lohnt.

Frauen und Männer im Kreise Backnang!

Zur bevorstehenden Gemeinderatswahl werden von der christlich-sozialen Volkspartei nur Kandidaten aufgestellt, die diese Leitsätze in die Tat umsetzen.

Dadurch wollen wir die schweren Schäden, die der Krieg auf allen Gebieten hinterlassen hat, beseitigen und einen Staat aufbauen, der ernst macht mit der christlichen Grundwahrheit und jedem seine Persönlichkeitsrechte sichert.

Durch eine Stimmabgabe für die Wahlvorschläge der christlich-sozialen Volkspartei helft ihr mit, dieses Programm zu verwirklichen.

Die christlich-soziale Volkspartei
Kreisgruppe Backnang

Braendle, Limbeck, Pohl, Fr. Maier, Grom

Genehmigung der Militärregierung v. 3. 1. 1946.

BUENDE. FB. STROH, SACKNANG

Genehmigungsantrag
der Christlich-sozialen Volkspartei
Mainz, 9. Januar 1946

Mainz, den 9. Januar 1948

An die
Französische Militär-Regierung
durch den Herrn Oberbürgermeister.

Betr.: Anmeldung einer Partei.

Die Führer der früheren Rheinhesischen Zentrumspartei
zusammengeschlossen mit positiv evangelischen Christen
biten um Genehmigung einer Partei für den Regierungsbezirk
Rheinhesen, Name: Christlich-angels-Volkspartei.

In die Partei können nur Männer und Frauen aufgenommen
werden, die sich zum Programm der Partei bekennen.

Frühere Mitglieder der H.S.D.A.P. und ihrer Gliederungen,
die sich aktivistisch betätigt haben, werden nicht auf-
genommen.

Solche früheren Pg., die nach dem noch zu erlassenden Wahl-
gesetz wahlberechtigt sind, können nach Prüfung durch den
Vorstand als Mitglieder aufgenommen, jedoch nicht in ein
Parteiamt zugelassen werden. Beiliegend das Programm der
Partei.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gezeichnet: Lorenz D i e h l ,
Mainz - Caritashaus

Dr. Friedrich Dahlem
Mainz, Grosse Bleiche 35/37

gezeichnet: Dr. Edmund Kaufmann
Mainz-Gonsenheim
Kapellenstr. 16

Diakon Matthes
Mainz, Steig 9

Aufruf der christlich-demokratischen Union
Württemberg–Hohenzollern, Januar 1946

A u f r u f
-.-.-.-.-

Mit Wirkung vom 1. Januar 1946 ist in der französischen Zone die Er-
richtung von Parteien gestattet. Damit soll nun keineswegs, wie
manche befürchten mögen, ein Kampf innerhalb des Volkes beginnen, wo
doch alles sich nach Ruhe und Frieden sehnt. Es werden nur wenige
Parteien genehmigt, und diese werden ihre Hauptaufgabe darin sehen,
in edlem Wettstreit, ohne sich gegenseitig zu bekämpfen, das Beste
für das Wohl unseres aus tausend Wunden blutenden Volkes zu dessen
Heilung und Gesundung zu leisten.

In diesem Sinn und Geist wurde Anfang Januar durch Vertreter aller
Berufsgruppen, Bauern, Handwerker, Arbeiter, Beamte, freie Berufe
für Hohenzollern eine Partei gegründet, die die Bezeichnung christlich-
demokratische Union führt.

Eine Partei für das christliche Volk beider Bekenntnisse will diese
Partei sein. Die christliche Glaubenslehre soll ihr Wirken und Streben
bestimmen und befruchten. Am Kampf gegen das Christentum ist das 3.
Reich, das wie das Erste ein tausendjähriges werden sollte, nach nur
zwölfjährigem Bestand zerschellt. Gottentfremdung, Abfall vom Christen-
tum sind die tiefsten Ursachen dieser grössten Katastrophe der Mensch-
heitsgeschichte. Rückkehr zu Gott und seinen Geboten ist die erste
und wichtigste Voraussetzung für die Überwindung unserer seelischen
und materiellen Not.

Wir wollen kämpfen gegen den Geist des Hasses und der Rache. Das
private wie das öffentliche Leben soll wieder das Gepräge christlichen
Geistes, das ist des Geistes der Liebe, erhalten. Vergebung nicht
Vergeltung sei die Parole, die wir in unser Volk, in die ganze Welt
hineinrufen.

Wir verlangen geistige und religiöse Gewissensfreiheit.
Das Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder ist für uns unan-
tastbar. Elternhaus, Schule und Kirche müssen sich in der Erziehung
der Jugend gegenseitig unterstützen.

Wir wollen überall dort die Fäden wieder anknüpfen, wo sie die Über-
heblichkeit und Unduldsamkeit des Nationalsozialismus im Jahr 1933
zerriss und damit auch unsere damals aus sichtsreiche wirtschaftliche
Gesundung zerschlug.

Wir wollen uns vor allem der wirtschaftlichen Schwachen, der Armen und
Notleidenden, der Opfer des Krieges annehmen. Die caritative Tätigkeit
muss sich frei entfalten können.

Wir erstreben Arbeit für jeden Arbeitsfähigen unter Beachtung der Arbeitsruhe am Tag des Herrn, auskömmliche Nahrung, menschenwürdige Wohnung und Kleidung für jedermann.

In voller Anerkennung des privaten Eigentums fordern wir selbstlosen Einsatz des Ertrages von Arbeit und Besitz zur Linderung von Not und Elend. Wir vertreten die Auffassung, dass durch die Zusammenballung von Kapital in Konzernen und Syndikaten den Interessen des Volkes schlecht gedient ist, und dass die Bodenschätze nicht durch Finanz- und Wirtschaftsmächte, sondern durch den Staat zu verwalten und auszuwerten sind.

Der Bauernstand muss als Nährstand wirtschaftlich gesichert bleiben, um seine sittlich religiöse Aufgabe beim Aufbau des Volkskörpers erfüllen zu können.

Für den Arbeiter fordern wir einen gerechten Lohn und Schutz seiner sozialen Rechte.

Industrie, Handel und Gewerbe sind planmäßig zu fördern. Nach der Zerstörung vieler industrieller Unternehmungen verdient das Handwerk besonderen Schutz.

Grenzenloser Hochmut hat zu abgrundtiefem Fall geführt. In Bescheidenheit und Gottvertrauen wollen wir aus Trümmern und Ruinen neues Leben erstehen lassen. Dabei vertrauen wir auf das Verständnis der Besatzungsmächte, denn wir sind uns bewusst, dass wir aus eigener Kraft allein die unbeschreibliche Not unseres Volkes nicht werden meistern können.

Wir erhoffen „einen Frieden, der gegründet und gesichert ist in Aufrichtigkeit und Rechtlichkeit, in Gerechtigkeit und Wirklichkeits-sinn, einen Frieden, den die kommenden Geschlechter mit Dankbarkeit als die glückliche Frucht einer glücklichen Zeit ansehen können. Deutsche Männer und Frauen!

Sammelt Euch um die

Christlich-Demokratische Union

Bekannt damit Euren Willen mitzuwirken am Aufbau eines Deutschlands, das auf dem unerschütterlichen Grund des Christentums und einer abendländischen Kultur steht.

Für den Aktionsausschuss der christlich-demokratischen U n i o n.

K. Kap.

Aufruf
der Christlich-Demokratischen Union
Britische Zone, 1. März 1946

Aufruf!

Ein Schicksal ohne Beispiel ist über das deutsche Volk hereingebrochen. Nach zwei gewaltigen Kriegen innerhalb eines Menschenalters stehen wir vor einem Trümmerfeld von unabsehbaren Ausmaßen: Wertvollste Jugendkraft auf den Schlachtfeldern verblutet, zahllose Menschen verstümmelt und in Gefangenschaft, das Reich entmachtet, unsere Städte und Dörfer zerstört, Wirtschaft und Finanzen ruiniert, Millionen von Deutschen heimatlos, obdachlos, ohne Kleidung und Brot, weiteste Kreise unseres Volkes enttäuscht, verbittert, ohne jeden geistigen Halt und ohne Leitstern, der ihnen einen Weg in die Zukunft weisen könnte.

Nicht alle Deutschen sind sich dessen bewußt, nicht alle Deutschen kennen den Umfang der Zerstörung unseres Landes aus eigenem Erleben, nicht alle wissen von dem Grauen, das jahrelang die Bevölkerung der am stärksten heimgesuchten Bezirke erlebte. Aber viele sind in dem Schmelzfeuer der schweren Jahre herangereift zu innerem Widerstand gegen Lüge und Haß, zu dem Ernst, den unsere Stunde fordert. Eine ehrliche Gewissenserforschung verlangt von uns gebieterisch, daß wir auch die letzte Bindung an jene Weltanschauung, an jenen Ungeist überall endgültig bekämpfen, die uns in dieses Elend geführt haben. Wir sind verloren, wenn wir uns nicht selbst helfen. Es ist eine Lehre der Geschichte, daß ein Volk eine Katastrophe überstehen und meistern kann, wenn es den Mut zur geduldigen Arbeit und zur Wiedergewinnung des Selbstvertrauens aufbringt. Darum fort mit den Schlagworten einer überwundenen Zeit, fort mit der Lebens- und Staatsmüdigkeit! Die gleiche Not zwingt uns alle, zuzupacken. Es wäre Verrat an der eigenen Familie und am deutschen Volke, jetzt in Nihilismus oder Gleichgültigkeit abzusinken.

Die CDU ruft alle neubauwilligen Kräfte auf in dem unerschütterlichen Vertrauen auf die guten Eigenschaften des deutschen Volkes und in der unbeugsamen Entschlossenheit, den christlichen Gedanken und das hohe Ideal wahrhafter Demokratie zur Grundlage der Erneuerung zu machen.

Zum ersten Male in der deutschen Geschichte finden wir uns unter Ablehnung jeglicher Zersplitterung in unserem Volke zusammen zur Union aller christlichen Demokraten. Der Ruf zur Freiheit und zum Stolz des eigenen Gewissens hat viele zum christlichen Kulturbewußtsein zurückgeführt, dessen Lebenskraft Jahrtausende überwand und die Entwicklung der Menschheit mit ewig junger Kraft bestimmte. Die Rückbesinnung auf diese unverlierbaren Werte wird uns die Kraft geben, verschüttete Quellen zu erschließen, einen großen und vollen Beitrag zum Glück und Fortschritt der Menschheit zu leisten wie jedes andere Volk.

Deutsche Männer und Frauen, kommt zu uns!

Neheim-Hüsten, den 1. 3. 1946.

Der Zonenausschuß der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone:

Konrad Adenauer, Köln	Friedr. Holzapfel, Herford	Anton Storch, Hannover	Karl Schröter, Kiel
Christine Teusch, Köln	Anton Hoppe, Recklinghausen	Heinr. Rönneburg, Wolfenbüttel	
Franz Beyrich, Hamburg		Lambert Lensing, Dortmund	
Christian Blank, Duderstadt		Hermann Lingens, Bremen	
Paul Boeck, Lübeck		Wilhelm Naegel, Hannover	
Arnold Fratzscher, Hannover		Paul Otto, Osnabrück	
Heinrich Götz, Hamburg		Bernhard Pfad, Hannover	
Richard Hartkopf, Detmold		Otto Rippel, Hagen	
August v. Joest, Eichholz/Wesseling		Hermann Siemer, Vechta	
Josef Kannengießer, Brakel Krs. Höxter		Fritz Söhlmann, Oldenburg	
		Heinrich Strunk, Essen	

PROGRAMM

der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone

Die CDU will ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen. Die Epoche, in der die materialistische Weltanschauung in Deutschland die geistige Grundlage wurde, Staat, Wirtschaft und Kultur beherrschte, soll zu Ende sein. — Auch der Nationalsozialismus wurzelte in dieser Weltanschauung, er führte die ihr entstammenden Grundsätze bis zur äußersten Konsequenz durch. Wohin diese Entwicklung, die weit vor dem Anfang dieses Jahrhunderts begann, geführt hat, sehen wir: zur Verachtung des Rechts und zur Anbetung der Macht, zur Verneinung der Würde der Person und der Freiheit, zur Vergottung des Staates und ungehemmten Ausdehnung seines Bereichs. Das Ende ist Vernichtung und Auflösung des Staates, Zerstörung der Wirtschaft, völlige geistige und materielle Verelendung des Volkes. Nur eine weltanschauliche Änderung des Volkes kann eine Besserung bringen. Eine sittliche Erneuerung ist notwendig, wenn die ungeheuren Belastungen, die jedem Deutschen auferlegt werden, getragen und die dadurch entstehenden Spannungen ausgeglichen werden sollen. An die Stelle der materialistischen muß wieder die christliche Weltanschauung treten, an die Stelle der sich aus dem Materialismus ergebenden Grundsätze die Grundsätze der christlichen Ethik. Sie müssen bestimmend werden für den Wiederaufbau des Staates und die Abgrenzung seiner Macht, für die Rechte und Pflichten der Einzelpersonen, für das wirtschaftliche und soziale Leben, für unsere Kultur, für das Verhältnis der Völker zueinander. Die christliche Weltanschauung allein gewährleistet Recht, Ordnung und Maß, Würde und Freiheit der Person und damit eine wahre und echte Demokratie, die sich nicht auf die Form des Staates beschränken darf, sondern das Leben des Einzelnen wie das des Volkes und der Völker tragen und durchdringen soll. Wir betrachten die hohe Auffassung des Christentums von der Menschenwürde, vom Wert jedes einzelnen Menschen als Grundlage und Richtschnur unserer Arbeit im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben unseres Volkes.

A. Aus dieser Erkenntnis und aus diesem Wollen heraus sind die nachfolgenden Grundsätze und Forderungen erwachsen:

I. Einzelperson und Staat.

1. Die Grundsätze christlicher Ethik und Kultur, wahre Demokratie müssen das staatliche Leben tragen und erfüllen. An der Würde und den unveräußerlichen Rechten der Person findet die Macht des Staates ihre Grenzen.
2. Recht auf politische und religiöse Freiheit.
3. Gerechtigkeit, gleiches Recht und Rechtssicherheit für jeden.
4. Anerkennung der grundlegenden Bedeutung der Familie für Volk und Staat.
5. Anerkennung und Schutz der Frau bei ihrer Tätigkeit in Haus und Familie. Freie Betätigung der Frau im beruflichen und öffentlichen Leben.
6. Die Mehrheit hat kein willkürliches und uneingeschränktes Recht gegenüber der Minderheit. Auch die Minderheit hat Rechte und Pflichten.

II. Wirtschaftliches und soziales Leben.

1. Ziel aller Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes. Die Wirtschaft hat der Entfaltung der schaffenden Kräfte des Menschen und der Gemeinschaft zu dienen.
2. Ausgangspunkt aller Wirtschaft ist die Anerkennung der Persönlichkeit. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, ein soziales Recht zu schaffen, das Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichberechtigter Tätigkeit in Führung und Verantwortung verpflichtet. Hierdurch wird eine soziale Neuordnung in Wirtschaft und Gesellschaft und eine gerechte Verteilung des wirtschaftlichen Ertrages erreicht und der Geist des Klassenkampfes überwunden.

3. Freiheit der Person auf wirtschaftlichem und Freiheit auf politischem Gebiet hängen eng zusammen. Die Gestaltung und Führung der Wirtschaft darf dem Einzelnen nicht die Freiheit seiner Person nehmen. Daher ist notwendig: Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des Einzelnen, Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften, privaten oder öffentlichen Organisationen, durch die die wirtschaftliche oder politische Freiheit gefährdet werden könnte.
4. Besonderer Schutz und Förderung des Hand- und Kopfarbeiters, des Bauern sowie des Handwerkers und der Mittel- und Kleinbetriebe.
5. Das Recht der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sich zum Zwecke der Verfolgung ihrer besonderen Interessen zu Verbänden zusammenschließen, wird verfassungsmäßig gewährleistet.
6. Die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit des Einzelnen, wie der Gesamtheit verlangt Anerkennung des Privateigentums. Das Eigentumsrecht verdient den gleichen Schutz und erleidet die gleiche Einschränkung wie andere Privatrechte. Es hat zu weichen gegenüber einem auch nach ethischen Grundsätzen höheren Recht.
7. Die sich aufdrängende Frage der Vergesellschaftung von Teilen der Wirtschaft ist zur Zeit nicht praktisch, da die deutsche Wirtschaft nicht frei ist. Bei ihrer späteren Regelung werden wirtschaftliche und politische Gesichtspunkte, vor allem das Allgemeinwohl maßgebend sein.
8. Kohle ist das entscheidende Produkt für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke.
9. Arbeit für jeden, der arbeiten will.
10. Mäßiger Besitz ist eine wesentliche Sicherung des demokratischen Staates. Der Erwerb mäßigen Besitzes für alle ehrlich Schaffenden ist zu fördern.

III. Kultur.

1. Rückkehr zu den Grundlagen christlich-abendländischer Kultur, deren Kern die hohe Auffassung von der Würde der Person und dem Werte jedes einzelnen Menschen ist.
2. Sicherung der Teilnahme an den kulturellen Gütern für das ganze Volk.
3. Besondere Sorge für Schule und Erziehung. — Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten für über den Durchschnitt Begabte.
4. Weltanschauliche Gestaltung des Schulwesens nach dem Willen der Erziehungsberechtigten, der Eltern.
5. Schutz der christlichen Kirchen und der Religionsgesellschaften. Sie sind frei in ihrer Betätigung. Zusammenarbeit der christlichen Bekenntnisse unter voller Wahrung ihrer Selbständigkeit und ihres Eigenlebens. Zusammenwirken von Staat und Kirchen.

B. Vordringliche Aufgaben der ersten Aufbauperiode.

Die CDU ist bereit zur Zusammenarbeit mit allen zur ehrlichen Zusammenarbeit bereiten Parteien.

Die vordringlichsten Aufgaben der ersten Aufbauperiode sind:

I. Staatlicher Wiederaufbau.

1. Die Reichseinheit muß gewahrt bleiben. Deutschland muß ein demokratischer und föderativer Staat werden.
2. Reinigung von nationalsozialistischem Denken.

3. Bestrafung von Taten, die vor 1933 strafbar waren, aber unter nationalsozialistischer Herrschaft nicht bestraft wurden.
4. Bestrafung der für den Krieg Verantwortlichen; je nach Lage des Falles völlige oder teilweise Einziehung des Vermögens.
5. Erfassung der nationalsozialistischen Konjunkturgewinne und der Kriegsgewinne.

II. Wirtschaftlicher Wiederaufbau.

1. Rettung der für die friedliche Arbeit und die Erhaltung des deutschen Volkes nötigen Produktionsstätten mit Produktionsmitteln aller Art unter Berücksichtigung der notwendigen Exportkapazität.
2. Erhaltung der Sozialversicherung.
3. Gerechter Ausgleich der Kriegsschäden unter besonderer Heranziehung des Vermögens derjenigen Nationalsozialisten, die in führender Stellung waren, sich bereichert, andere unterdrückt, strafbare oder ehrenrührige Handlungen begangen haben.
4. Schaffung von Arbeit in erster Linie auf allen Gebieten des Wiederaufbaus.
5. Wiederaufbau der zerstörten Städte und Ortschaften unter Vermeidung der Schäden, die mit der Zusammendrängung der Menschen auf engen Raum verbunden sind. Beschaffung des hierfür benötigten Grund und Bodens soweit nötig im Wege der Enteignung.
6. Ermöglichung des Erwerbs eines Eigenheims, besonders auch durch planvolle Stadtrandsiedlung.
7. Schaffung von Bauernstellen, insbesondere für Flüchtlinge, soweit es ohne Beeinträchtigung des Gesamtertrages möglich ist.
8. Soziale und kulturelle Sorge für die Flüchtlinge.
9. Eine beschleunigte Zusammenfassung aller Maßnahmen der Kriegsversehrtenfürsorge unter Beteiligung der Kriegsversehrten.

III. Kultureller Wiederaufbau.

1. Neubau des gesamten Erziehungs- und Schulwesens, einschließlich der Hochschulen, im Geiste der christlich-abendländischen Kultur.
2. Besondere Sorge für die Altersjahrgänge, die ihre Ausbildung ganz oder zum größten Teil unter der Herrschaft des Nationalsozialismus erhalten haben. Hilfe für die aus dem Kriegsdienst Heimkehrenden bei der Schaffung einer Existenz.
3. Gestaltung von Presse, Rundfunk und Kino nach den oben wiedergegebenen Grundsätzen kultureller Betätigung.
4. Pflege der wissenschaftlichen Forschungsarbeit und der Kunst.

C. Verhältnis zu anderen Ländern.

Das deutsche Volk hat trotz der Untaten des Nationalsozialismus einen Anspruch darauf, nicht allein nach dieser Epoche seiner Geschichte beurteilt zu werden. Außenpolitik wird Deutschland vorerst nur in beschränktem Umfang treiben können. Sein Ziel muß sein, an der friedlichen Zusammenarbeit der Völker in der Vereinigung der Nationen gleichberechtigt teilzunehmen. Die Lasten, die der verlorene Krieg Deutschland anderen Ländern gegenüber auferlegen wird, müssen so bemessen werden, daß Deutschland sie tragen und ihnen gerecht werden kann. Denn auch der Besiegte behält das Recht auf Leben und Arbeit. Bitterste Not ohne Hoffnung ist das stärkste Hindernis für eine friedliche Entwicklung. Auch der Sieger, der im Besitze der Macht ist, hat nach menschlichem und göttlichem Recht Pflichten gegenüber dem Besiegten.

Genehmigung der Britischen Militärregierung
zur Gründung der CDU
Goslar, 11. April 1946

214. (K)MIL. GOV.DET.
GOSLAR

Tel. Goslar: 2179

Betr.: Bildung politischer Parteien Unser Zeichen: 214/VH/1/89
CDU
An: Herrn Schwickard, Goslar, Datum: 11. Apr. 46
Kloster Frankenberg
Von: 214 (K) Mil. Gov. Det.

1. Es wird hiermit der CDU die Genehmigung erteilt, sich gemäss der englischen Version des der Mil.Reg. zwecks Genehmigung eingereichten Programms und der Statuten zu formieren.

2. Dabei sind folgende Einzelheiten zu beachten:

- a) Niemand darf Mitglied der Partei werden, der nicht das 18. Lebensjahr erreicht hat. ✓
- b) Niemand darf ein Amt in der Partei innehaben, der lt. Fragebogen nicht im Stadtkreis Goslar wohnhaft ist. ✓
- c) Jeder, der in Zukunft zu einem Amt in der Partei gewählt wird, muß unverzüglich seinen Fragebogen in zweifacher Ausfertigung der Mil.Reg. zur Überprüfung einreichen. Erst auf die Benachrichtigung von der Mil.-Reg. hin gilt die Ernennung des/der Betreffenden als bestätigt. ✓
- d) § 4 der Verordnung Nr. 12 ist genauestens zu befolgen. ✓

gez. Major V.C. Hinxman Kgl. Art.
Kommandeur 214(K)Mil. Gov. Det.

Goslar



Programm
der Christlich-Demokratischen Union
Bremen, September 1946

Programm der Christlich-Demokratischen Union

Die CDU will ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen. Die Epoche, in der die materialistische Weltanschauung in Deutschland die geistige Grundlage wurde, Staat, Wirtschaft und Kultur beherrschte, soll zu Ende sein. Auch der Nationalsozialismus wurzelte in dieser Weltanschauung, er führte die ihr entstammenden Grundsätze bis zur äußersten Konsequenz durch. Wohin die Entwicklung, die weit vor Anfang dieses Jahrhunderts begann, geführt hat, sehen wir; zur Verachtung des Rechts und zur Anbetung der Macht, zur Verneinung der Würde der Person und der Freiheit, zur Vergottung des Staates und ungehemmten Ausdehnung seines Bereichs. Das Ende ist Vernichtung und Auflösung des Staates, Zerstörung der Wirtschaft, völlige geistige und materielle Verelendung des Volkes. Nur eine weltanschauliche Wende des Volkes kann eine Besserung bringen. Eine sittliche Erneuerung ist notwendig, wenn die ungeheuren Belastungen, die jedem Deutschen auferlegt werden, getragen und die dadurch entstehenden Spannungen ausgeglichen werden sollen. An die Stelle der materialistischen muß wieder die christliche Weltanschauung treten, an die Stelle der sich aus dem Materialismus ergebenden Grundsätze die Grundsätze der christlichen Ethik. Sie müssen bestimmend werden für den Wiederaufbau des Staates und die Abgrenzung seiner Macht, für die Rechte und Pflichten der Einzelpersonen, für das wirtschaftliche und soziale Leben, für unsere Kultur, für das Verhältnis der Völker zueinander. Die christliche Weltanschauung allein gewährleistet Recht, Ordnung und Maß, Würde und Freiheit der Person und damit eine wahre und echte Demokratie, die sich nicht auf die Form des Staates beschränken darf, sondern das Leben des einzelnen wie das des Volkes und der Völker tragen und durchbringen soll. Wir betrachten die hohe Auffassung des Christentums von der Menschenwürde, vom Wert jedes einzelnen Menschen als Grundlage und Richtschnur unserer Arbeit im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben unseres Volkes.

Aus dieser Erkenntnis und aus diesem Willen heraus sind die nachfolgenden Grundsätze und Forderungen erwachsen:

I. Einzelpersonen und Staat.

1. Die Grundsätze christlicher Ethik und Kultur, wahrer Demokratie müssen das staatliche Leben tragen und erfüllen. An der Würde und den unveräußerlichen Rechten der Person Anker die Macht des Staates ihre Grenzen.
2. Recht auf politische und religiöse Freiheit.
3. Gerechtigkeit, gleiches Recht und Rechtssicherheit für jeden.
4. Anerkennung der grundlegenden Bedeutung der Familie für Volk und Staat.
5. Anerkennung und Schutz der Frau bei ihrer Tätigkeit in Haus und Familie. Freie Betätigung der Frau im beruflichen und öffentlichen Leben.
6. Die Mehrheit hat kein willkürliches und uneingeschränktes Recht gegenüber der Minderheit. Auch die Minderheit hat Rechte und Pflichten.

II. Wirtschaftliches und soziales Leben.

1. Ziel aller Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes. Die Wirtschaft hat der Entfaltung der schaffenden Kräfte des Menschen und der Gemeinschaft zu dienen.
2. Ausgangspunkt aller Wirtschaft ist die Anerkennung der Persönlichkeit. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, ein soziales Recht zu schaffen, das Arbeitnehmer und Arbeitgeber

zu gleichberechtigter Tätigkeit in Führung und Verantwortung verpflichtet.

Hierdurch wird eine soziale Neuordnung in Wirtschaft und Gesellschaft und eine gerechte Verteilung des wirtschaftlichen Ertrages erreicht und der Geist des Klassenkampfes überwunden.

3. Freiheit der Person auf wirtschaftlichem und Freiheit auf politischem Gebiet hängen eng zusammen. Die Gestaltung und Führung der Wirtschaft darf dem einzelnen nicht die Freiheit seiner Person nehmen. Daher ist notwendig: Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des einzelnen. Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften, privaten oder öffentlichen Organisationen, durch die die wirtschaftliche oder politische Freiheit gefährdet werden könnte.
4. Besonderer Schutz und Förderung des Hand- und Kopfarbeiters, des Bauern sowie des Handwerkers und der Mittel- und Kleinbetriebe.
5. Das Recht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich zum Zwecke der Verfolgung ihrer besonderen Interessen zu Verbänden zusammenzuschließen, wird verfassungsmäßig gewährleistet.
6. Die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit des einzelnen wie der Gesamtheit verlangt Anerkennung des Privateigentums. Das Eigentumsrecht verdient den gleichen Schutz und erleidet die gleiche Einschränkung wie andere Privatrechte. Es hat zu weichen gegenüber einem auch nach ethischen Grundsätzen höheren Recht.

7. Die sich aufdrängende Frage der Vergesellschaftung von Teilen der Wirtschaft ist zur Zeit nicht praktisch, da die deutsche Wirtschaft nicht frei ist. Bei ihrer späteren Regelung werden wirtschaftliche und politische Gesichtspunkte, vor allem das Allgemeinwohl maßgebend sein.
8. Rohle ist das entscheidende Produkt für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke.
9. Arbeit für jeden, der arbeiten will.
10. Mäßiger Besitz ist eine wesentliche Sicherung des demokratischen Staates. Der Erwerb mäßigen Besitzes für alle ehrlich Schaffenden ist zu fordern.

III. Kultur.

1. Rückkehr zu den Grundlagen christlich-abendländischer Kultur, deren Kern die hohe Auffassung von der Würde der Person und dem Werte jedes einzelnen Menschen ist.
2. Sicherung der Teilnahme an den kulturellen Gütern für das ganze Volk.
3. Besondere Sorge für Schule und Erziehung. Schaffung von Aufstiegschancen für über den Durchschnitt Begabte.
4. Weltanschauliche Gestaltung des Schulwesens nach dem Willen der Erziehungsberechtigten, der Eltern.
5. Schutz der christlichen Kirchen und der Religionsgesellschaften. Sie sind frei in ihrer Betätigung. Zusammenarbeit der christlichen Bekenntnisse unter voller Wahrung ihrer Selbstständigkeit und ihres Eigenlebens.
Zusammenwirken von Staat und Kirchen.

A. Vordringliche Aufgaben der ersten Aufbauperiode

Die CDU ist bereit zur Zusammenarbeit mit allen zur christlichen Zusammenarbeit bereiten Parteien.

Die vordringlichsten Aufgaben der ersten Aufbauperiode sind:

I. Staatlicher Wiederaufbau.

1. Die Reichseinheit muß gewahrt bleiben. Deutschland muß ein demokratischer, föderativer Staat werden.
2. Reinigung von nationalsozialistischem Dichten.
3. Bestrafung von Tätern, die vor 1933 strafbar waren, aber unter nationalsozialistischer Herrschaft nicht bestraft wurden.
4. Bestrafung der für den Krieg Verantwortlichen, je nach Lage des Falles völlige oder teilweise Einschiebung des Vermögens.
5. Erfassung der nationalsozialistischen Konjunkturgewinne und Kriegsgewinne.

II. Wirtschaftlicher Wiederaufbau.

1. Rettung der für die friedliche Arbeit und die Erhaltung des deutschen Volkes nötigen Produktionskräften und Pro-

duktionsmittel aller Art unter Berücksichtigung der notwendigen Exportbasis.

2. Erhaltung der Sozialversicherung.
3. Gerechter Ausgleich der Kriegsschäden unter besonderer Berücksichtigung des Vermögens derjenigen Nationalsozialisten, die in führender Stellung waren, sich bereichert, andere unterdrückt, strafbare oder ehrenrührige Handlungen begangen haben.
4. Schaffung von Arbeit in erster Linie auf allen Gebieten des Wiederaufbaus.
5. Wiederaufbau der zerstörten Städte und Ortschaften unter Vermeldung der Schäden, die mit der Zusammendrängung der Menschen auf engem Raum verbunden sind. Beschaffung des hierfür benötigten Grund und Bodens, soweit nötig im Wege der Enteignung.
6. Grundbildung des Erwerbs eines Eigenheims, besonders auch durch planvolle Stadtrandbebauung.
7. Schaffung von Bauernstellen, insbesondere für Flüchtlinge, soweit es ohne Beeinträchtigung des Gesamtertrages möglich ist.
8. Soziale und kulturelle Sorge für die Flüchtlinge.
9. Eine beschleunigte Zusammenfassung aller Maßnahmen der Kriegsversehrtenfürsorge unter Beteiligung der Kriegsversehrten.

III. Kultureller Wiederaufbau.

1. Neubau des gesamten Erziehungs- und Schulwesens, einschließlich der Hochschulen, im Geiste der christlich-abendländischen Kultur.
2. Besondere Sorge für die Altersjahrgänge, die ihre Ausbildung ganz oder zum größten Teil unter der Herrschaft des Nationalsozialismus erhalten haben. Hilfe für die aus dem Kriegsdienst Heimkehrenden bei der Schaffung einer Existenz.
3. Gestaltung von Presse, Rundfunk und Kino nach den oben wiedergegebenen Grundsätzen kultureller Betätigung.
4. Pflege der wissenschaftlichen Forschungsarbeit und der Kunst.

B. Verhältnis zu anderen Ländern.

Das deutsche Volk hat trotz der Untaten des Nationalsozialismus einen Anspruch darauf, nicht allein nach dieser Epoche seiner Geschichte beurteilt zu werden. Außenpolitik wird Deutschland vorerst nur in beschränktem Umfang treiben können. Sein Ziel muß sein, an der friedlichen Zusammenarbeit der Völker in der Vereinigung der Nationen gleichberechtigt teilzunehmen. Die Völker, die der verlorene Krieg Deutschland anderen Ländern gegenüber auferlegt, müssen so bemessen werden, daß Deutschland sie tragen und ihnen gerecht werden kann. Denn auch der Besiegte behält das Recht auf Leben und Arbeit. Utterste Not ohne Hoffnung ist das stärkste Hindernis für eine friedliche Entwicklung. Auch der Sieger, der im Besitze der Macht ist, hat nach menschlichem und göttlichem Recht Pflichten gegenüber dem Besiegten.

Die Gründer der Christlich-Demokratischen Union, welche aus dem evangelischen und katholischen Lager kommen, waren sich darüber klar, daß die CDU eine ganz neue Partei ist, welche mit der alten Zentrums-Partei nichts zu tun hat. Die Parteileitung der brit. Zone hat als Vorsitzende den Katholiken Herrn Dr. Abenauer, Köln und den Protestanten Herrn Dr. Holzapfel, Oberbürgermeister von Herford. Die Parteileitung der CDU rückt ganz entschieden von den Gründern einer neuen Zentrums-Partei ab.

Christlich-Demokratische Union

Bremen, Kohlhöckerstr. 37, Telefon 26030
 Bremen-Veegesack, Gerhard-Kohlfsstraße 62 f, Fernspr. 2508
 Bremen-Blumenthal, Kirchenstr. 7, Fernspr. 2134
 Geschäftsstelle Bremen: Kohlhöckerstr. 37¹

① Schinkel, Blumenthal (65) 709 10000 9.46

Aufruf
der Christlich Demokratischen Union
Saarbrücken, 26. Juli 1955

Aufruf der CDU Saar!

Endlich haben wir die Freiheit des Wortes und der politischen Betätigung erkämpft!

Die Macht der herrschenden Partei-Diktatur geht zu Ende!

Alle christlichen, demokratischen Kräfte schließen sich in der

CDU Saar zusammen

und kämpfen mit uns an der Seite unseres Vaterlandes für eine bessere Ordnung,

für Frieden, Recht und Freiheit!

Ehrfurcht vor Gott und Achtung vor der Gesinnung aller Menschen ist unser oberstes Gebot!

Wir erstreben die Verwirklichung einer freiheitlichen Ordnung auf der Grundlage der

**Gerechtigkeit für Jedermann ohne Ansehen der Person,
christlich-sozialen Gemeinschaft,**

Liebe zur Familie, Heimat und Vaterland,

Treue zur angestammten deutschen Kultur!

Wir bekennen uns zur wahren europäischen Idee und deren Verwirklichung über den Zusammenschluß aller freien Völker.

Der Weg nach Europa führt nicht über die Verleugnung des Vaterlandes — deshalb:

Kein Europa ohne Vaterland!

Wir treten ein:

- für** den Dienst am Christentum
- für** unsere Zugehörigkeit zu den angestammten Bistümern und Landeskirchen
- für** die Erziehung der Jugend in der konfessionellen Schule zu Selbstzucht und Leistung, zur Liebe zum Vaterland, zu wahren europäischem Denken
- für** die völlige und zeitlich unbegrenzte Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten
- für** die Herrschaft von Recht und Gesetz
- für** die Ausschaltung des beherrschenden französischen Einflusses in Rundfunk und Presse
- für** die Achtung, Erhaltung und Förderung des deutschen Kulturgutes
- für** die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten aller Bevölkerungsschichten nach Maßgabe des Charakters und der Leistung
- für** eine geordnete, sparsame und offene Haushaltsführung, sowie den gerechten Ausgleich aller Lasten
- für** den vernünftigen Ausbau unserer Wirtschaft zur Sicherung der Arbeitsplätze und Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit
- für** die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich auf der Basis echter Partnerschaft
- für** die Öffnung der Grenzen zur Bundesrepublik, Senkung der Zölle und Hebung des Lebensstandards
- für** die Wiedergewinnung aller Rechte an der Warndtkohle zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz unserer Bergarbeiter
- für** die Erschließung aller finanziellen Reserven zur dauernden Versorgung der Rentner, Kriegsversehrten, Unfallgeschädigten und aller, die unverschuldet in Not geraten sind
- für** alle denkbaren Anstrengungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft
- gegen** den Verdienst am Christentum
- gegen** jeden Versuch einer Abtrennung von Trier, Speyer und Düsseldorf
- gegen** die Entfremdung unserer Jugend von deutscher Kultur in der Schule und anderen Bildungsanstalten
- gegen** jedes Zwangsmittel des Separatismus, gegen Bespitzelung und Überwachung
- gegen** die Ausweisung freier Bürger
- gegen** die Werbung zur Fremdenlegion
- gegen** das Diktat des Geldes, die Willkür und den Bürokratismus
- gegen** die systematische Verbildung der öffentlichen Meinung wider das Deutschtum
- gegen** eine französische Inspiration der Kulturpolitik
- gegen** alle Versuche einer Zersetzung deutscher Art und deutschen Wesens
- gegen** die Parteibuch-Diktatur und Bevorzugung von Günstlingen
- gegen** Vergeudung von Steuergeldern für fremdländische Zwecke, Prachtbauten, Bankette und geheime Subventionen
- gegen** die Vernachlässigung unserer industriellen Anlagen und den Raubbau an unseren Bodenschätzen.
- gegen** die Subordination und die Ausbeutung unserer Arbeitskraft
- gegen** eine einseitige Festlegung der Wirtschaftsbeziehungen durch die bestehenden Konventionen
- gegen** den Abbau durch Frankreich und die Umsiedlung von Bergleuten nach Frankreich
- gegen** eine vorgetäuschte soziale Sicherheit und die Verschleuderung von Geldern der Allgemeinheit
- gegen** unzureichende Sicherheitsmaßnahmen und unverantwortlichen Einsatz menschlicher Arbeitskraft.

Wir wenden uns an alle aufrechten Männer und Frauen:

Hört auf uns!

Laßt Euch nicht beirren!

Keht Euch ab von allen, die Volk und Vaterland aufgegeben, ihre Gesinnung verkauft und die Zukunft Eurer Kinder verraten haben!

Auch in der Bundesrepublik ist die **CDU** die stärkste christliche Partei unter dem großen Deutschen und Europäer

Konrad Adenauer.

Vereint Euch mit uns in der Christlichen Demokratischen Union Saar!

Saarbrücken, den 26. Juli 1955.

Dr. Hubert Ney

(1. Vors. der CDU Saar)

Quellennachweis

Seite 12 – 17:

Faksimile, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik
Deutschland, 1993/06/2229

Seite 19 – 23:

ACDP, Nachlass Josef Beyerle, 01-056-001/1

Seite 25:

ACDP, Landesverband Mecklenburg, 03-036-082

Seite 27 – 29:

ACDP, Landesverband Thüringen, 03-031-199

Seite 31:

ACDP, Landesverband Thüringen, 03-031-199

Seite 33 – 36:

ACDP, Kreisverband Zeitz, 02-364-001/1

Seite 38 – 40:

ACDP, Nachlass Günter Wirth, 01-531-219

Seite 42 – 43:

ACDP, Nachlass Günter Wirth, 01-531-426

Seite 45:

ACDP, Bestand Ost-CDU, 07-011-1760

Seite 47 – 48:

ACDP, Nachlass Else Peerenboom-Missong, 01-741-001/1

Seite 50:

ACDP, Kreisverband Bonn, 02-217

Seite 52 – 57:

ACDP, Kreisverband Vechta, 02-067-003

Seite 59 – 60:

ACDP, Kreisverband Frankfurt a. M., 02-045-018/2

Seite 62 – 63:

ACDP, Landesverband Hamburg, 03-010-027/2

Seite 65:

ACDP, Landesverband Brandenburg, 03-033-187

Seite 67:

ACDP, Nachlass Jakob Diel, 01-139-004/3

Seite 69 – 71:

ACDP, Nachlass Günter Wirth, 01-531-219

Seite 73:

ACDP, Landesverband Westfalen, 03-002-103/1

Seite 75 – 77

ACDP, Kreisverband Pinneberg, 02-023-001/1

Seite 79 – 82:

ACDP, Nachlass Else Peerenboom-Missong, 01-741-001/1

Seite 84:

ACDP, Kreisverband Frankfurt a. M., 02-045-018/2

Seite 86 – 89:

ACDP, Nachlass Josef Beyerle, 01-056-001/2

Seite 91:

ACDP, Nachlass Lorenz Diehl, 01-209-001/1

Seite 93 – 94:

ACDP, Bezirksverband Württemberg-Hohenzollern, 03-009-204/1

Seite 96 – 99:

ACDP, Nachlass Jakob Diel, 01-139-004/5

Seite 101:

ACDP, Kreisverband Goslar, 02-092-086

Seite 103 – 104:

ACDP, Nachlass Arnold Kunst, 01-196-004/1

Seite 106 – 107:

ACDP, Nachlass Leo Gottesleben, 01-359-001